

Kapitel V

Das Ständige Forum für indigene Angelegenheiten als politisches Feld – ein globaler Raum zur Lösung lokaler Probleme?

Wie aus den historischen Betrachtungen deutlich wurde, konnten sich die unterschiedlichsten Gruppen unter dem Begriff ›indigene Völker‹ innerhalb des Systems der Vereinten Nationen etablieren und teilweise sogar das Beitrittsrecht dieser Einrichtung reformieren. Ich erinnere daran, dass die UNO als zwischenstaatliche Organisation Akteuren der Zivilgesellschaft normalerweise nur Zutritt über NGOs gewährt, die einen UN-Beraterstatus besitzen. Das Ständige Forum für indigene Angelegenheiten bildet diesbezüglich genauso eine Ausnahme wie die Arbeitsgruppe indigene Völker. Auch wenn der Zutritt zur UNO für Vertreter indigener Völker somit zumindest partiell offen erscheint, gestaltet sich deren Teilnahme für viele von ihnen dennoch schwierig. Vor allem mangelndes ökonomisches Kapital und die Visapflicht bei der Einreise in die USA schränken die Teilnahmemöglichkeiten für viele stark ein. Ausgehend von Bourdieus (2001) Definition des politischen Feldes, die ich bereits dargelegt habe (vgl. Kapitel II.5), möchte ich im Folgenden untersuchen, welche Kräfte die Dynamik dieses Feldes bestimmen: Wofür steht das Forum? Was wird an dieser Einrichtung verhandelt? Und welche indigenen Stimmen können sich dort bevorzugt Gehör verschaffen?

1. Die Gruppen im Feld

Zunächst möchte ich die bei den Sitzungen des Ständigen Forum für indigene Angelegenheiten vertretenen Gruppen kurz charakterisieren und die Rollen bzw. Ziele der jeweiligen Teilnehmer grob definieren. Es sind anzutreffen:

- die Mitarbeiter des Sekretariats
- die sechzehn Mitglieder des Forums
- die Vertreter des UN-Systems und anderer zwischenstaatlicher Organisationen
- Regierungsvertreter
- Repräsentanten indigener Organisationen
- NGO-Vertreter
- Mitarbeiter wissenschaftlicher Einrichtungen

1. Die Mitarbeiter des Sekretariats

Das Sekretariat des Forums ist am UN-Hauptsitz in New York angesiedelt und wird derzeit von der griechischen Juristin Elsa Stamatopoulou geleitet, die über langjährige Erfahrung im UN-Kontext verfügt. Es besteht aus fünf Fachkräften, zwei Verwaltungsmitarbeitern und einer wechselnden Zahl von Praktikanten. Das Sekretariat wird aus dem regulären Budget der Vereinten Nationen finanziert. Es organisiert die jährlichen Treffen des Forums, betreibt Forschungsarbeit und ›Bewusstseinsförderung‹ zur umfassenden Integration indigener Themen in das UN-System. Zu diesem Zweck sammeln und publizieren die Mitarbeiter relevante Informationen zu indigenen Themen.

2. Die sechzehn Mitglieder des Forums

Zu den jährlichen Sitzungen im Mai reisen die sechzehn Mitglieder des Forums aus den verschiedenen Weltregionen an – acht Experten werden von Regierungen entsandt, acht von indigenen Organisationen vorgeschlagen. Alle drei Jahre werden die Mitglieder neu gewählt, dabei ist es möglich, dass Einzelne für eine zweite Amtsperiode bestätigt werden. Dem Präsidenten des ECOSOC obliegt die Auswahl unter den Kandidaten. Dabei spielt vor allem die nationale und internationale politische Erfahrung der vorgeschlagenen Personen eine wichtige Rolle.

Die sechzehn Mitglieder teilen sich die anfallende Arbeit untereinander auf. Neben der Leitung der Sitzungen gilt es, die von Teilnehmerseite eingehenden Informationen und Vorschläge zu systematisieren. Das Forum arbeitet zu folgenden Themen: Umwelt, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Kultur, Bildung, Gesundheit und Menschenrechte. Hinzu kommt jedes Jahr eine besondere Schwerpunktsetzung (vgl. Kapitel III.3). Während des Jahres folgen die Mitglieder des Forums Einladungen von UN-Organisationen zu Seminaren und Konferenzen, um dort die indigenen Positionen zu den jeweili-

gen Themen zu vertreten. Laut den Angaben eines ihrer ehemaligen Mitglieder, dem von der mexikanischen Regierung entsandten Marcos Matías Alonso, standen die ersten Forumsmitglieder – gewählt für die Sitzungsperioden 2002 bis 2004 – in eher losem E-Mail-Kontakt. Politische Divergenzen, sprachliche Barrieren, fehlende finanzielle Mittel und andere Arbeitsverpflichtungen hätten den regelmäßigen Austausch beeinträchtigt. Matías Alonso schreibt es aber vor allem unterschiedlichen ideologischen Grundeinstellungen zu, dass die Kommunikation und damit für ihn teilweise auch die Aktionskraft der Mitglieder eingeschränkt wurde (Interview Matías Alonso 19.05.2004). Die Mitglieder werden für ihre Arbeit am Forum nicht bezahlt, erhalten jedoch eine Aufwandsentschädigung für ihre jeweiligen Einsätze.

3. Die Vertreter des UN-Systems und anderer zwischenstaatlicher Organisationen

Neben den sechzehn Mitgliedern des Forums sind Delegierte der Mitgliedsorganisationen des UN-Systems und anderer zwischenstaatlicher Organisationen als Teilnehmer von hervorgehobener Bedeutung (vgl. Schaubild im Anhang). Das UN-System umfasst alle Einrichtungen, die direkt und indirekt mit den Vereinten Nationen in Verbindung stehen, das heißt: a) Sonderorganisationen wie die FAO, ILO, WHO, UNESCO, WIPO, Weltbank (indirekte Verbindung) b) Regionalkommissionen (bis 2005 nahm nur CEPAL teil) und Fachkommissionen wie die Kommission für nachhaltige Entwicklung oder die Kommission für soziale Entwicklung (direkte Verbindung) c) Spezialorgane und Programme wie UNFPA, UNDP, UNHCR, UNICEF, UNEP (direkte Verbindung).¹ Andere zwischenstaatliche Organisationen, die Delegierte zu den Treffen des Forums schicken, sind unter anderem die Afrikanische Union, die Europäische Kommission und die Interamerikanische Entwicklungsbank. Ich verwies bereits darauf, dass das Ziel des Forums eine stärkere Sichtbarmachung Indigener im UN-Kontext ist. Konkret bedeutet das: Die Kategorie »Indigene« soll in den Richtlinien und Projekten der Sonderorganisationen, Kommissionen und Spezialorgane Aufnahme finden und die zielgruppenspezifischen Etats erhöht werden. Zu den einzelnen Themen im Tagungsprogramm sprechen deshalb meist Vertreter von UN-Organisationen als sogenannte *keynotespeakers*, die danach auf Fragen der Forumsmitglieder reagieren müssen. Viele der erwähnten Einrichtungen nutzen den Raum, der ihnen das Forum bietet, aber auch zur Selbstpräsentation. Sie organisieren entsprechende Sonderveranstaltungen in den Mittagspausen oder Abendstunden.

1 Für die ausgeschriebenen Bezeichnungen der einzelnen Organisationen siehe Anhang.

4. Die Regierungsvertreter

Die Regierungsvertreter sind eine eher kleine Gruppe von Teilnehmern. Die Zahl der durch Delegationen vertretenen Regierungen stieg von achtundfünfzig Ländern im Jahr 2003 auf sechsundsiebzig bei der darauffolgenden Sitzungsperiode an. 2005 nahmen achtundsechzig Regierungsvertreter teil (vgl. United Nations 2003, 2004, 2005). Einige Botschaften laden abends ausgewählte Personen, zum Beispiel Forumsmitglieder, zu Empfängen ein. In den offiziellen Sitzungen spielen sie, trotz häufiger Redebeiträge, eine eher marginale Rolle.

Die Regierungsvertreter können, im Wechsel mit Vertretern der NGOs und indigener Organisationen, zu den einzelnen Tagungspunkten sprechen. Dabei heben sie zumeist das Engagement ihrer Regierung hervor und sehen diese auf dem Weg zur Herstellung von ›Chancengleichheit‹ und ›Entwicklungsperspektiven‹ für die in ihrem Staat lebenden indigenen Bevölkerungsgruppen. Auch wenn sie in der Regel nicht von ›indigenen Völkern‹, sondern ›Bevölkerungen‹ sprechen, erkennen sie die Existenz der im Forum vertretenen indigenen Gruppen als solche verbal an. Lediglich einige asiatische und afrikanische Regierungen gehen auf offenen Konfrontationskurs und negieren die Existenz Indigener in ihrem Land – z.B. Bangladesch. In einem Redebeitrag 2005 stellte die Regierungsvertreterin Bangladeshs fest: »Bangladesch hat keine indigenen Völker. Wir haben einige ethnische Minderheiten, die nicht als ›indigene Völker‹ im wirklichen Sinn bezeichnet werden können«. Den ›wirklichen Sinn‹ definierte sie wie folgt: »Indigene Völker [...] sind die ursprünglichen Einwohner eines bestimmten Gebiets oder Landes« (Redebeitrag Jahan Ahmed, erste Sekretärin der Ständigen Mission Bangladeshs an den Vereinten Nationen, 24.05.2005).² An diesen Punkten tritt der bereits beschriebene Konflikt zwischen Regierungen und Repräsentanten indigener Organisationen um die Definition als ›Minderheit‹ oder ›Volk‹ sichtbar zu Tage. Jedoch bestimmen diese Auseinandersetzungen zumeist nicht den offiziellen Sitzungsverlauf, sind aber häufig Gegenstand empörter Kommentare von Seiten indigener Repräsentanten in privaten Gesprächen.

5. Die Repräsentanten indigener Organisationen

Die größte Gruppe der Teilnehmer stellen die Repräsentanten indigener Organisationen aus allen Weltregionen. Ihre Reisen werden meist von UNEinrichtungen und europäischen Unterstützer-NGOs bezahlt, einige Gesprächspartner gaben aber auch an, die Reise selbstständig finanziert zu haben. Auf Grund der hohen Kosten, die Flug und Aufenthalt in New York bedeuten, können die meisten jedoch nicht ohne externe Unterstützung anreisen.

2 Originalbeitrag auf Englisch, eigene Übersetzung ins Deutsche.

Es gibt zudem einen eigens eingerichteten UN-Fonds³ für diese Zwecke, aus dem jedes Jahr einer Reihe indigener Repräsentanten Stipendien für die Teilnahme gewährt wird.

Die indigenen Teilnehmer reisen mit den unterschiedlichsten Erwartungen und großen Wissensunterschieden bezüglich Sinn und Zweck sowie Lobbymöglichkeiten innerhalb des Forums an. Zum einen trifft man ›professionelle Indigenisten‹ – Personen, die für international anerkannte, etablierte indigene Organisationen arbeiten. Sie verfügen zumeist über mehrere Jahre oder sogar Jahrzehnte Lobbyerfahrung im UN-Kontext. Oftmals sind es ausgebildete Juristen oder zumindest gut über UN-relevante Themen informierte Personen. Sie wissen zum Beispiel, was die OP 4.10⁴ der Weltbank oder die MDGs sind und warum ›*free, prior and informed consent*‹⁵ so wichtig für indigene Völker ist. Ein Großteil dieser Personen nimmt über den gesamten Sitzungsverlauf am Treffen teil. Sie kennen Schlüsselpersonen in den verschiedenen UN-Organisationen, führen Verhandlungen mit diesen oder treten bei deren für die Sitzungspausen organisierten Veranstaltungen als Sprecher auf. Für sie ist das Forum »eines der globalen Ereignisse, das man als Indigener nicht verpassen sollte« und bei dem man »Konzepte präsentieren kann, welche die indigenen Vorstellungen von Entwicklung verdeutlichen«. Die Themen ›Land und Selbstbestimmung‹ werden von diesen Vertretern zumeist als die »zentralen Themen der indigenen Agenda« bezeichnet (eigene Aufzeichnungen 19./20./24.05.2005).

Am anderen Pol dieser Gruppe indigener Repräsentanten befinden sich die ›Laien‹. Sie sind eher Lokalpolitiker, welche die Probleme in ihren Gemeinden gut kennen, hingegen wenig über die Weltbankpolitik oder die Millenniums-Entwicklungsziele wissen. Meistens bleiben sie eine, selten zwei Wochen. Sie konnten, wenn sie Glück hatten, im Vorfeld des Treffens an einer mehrtägigen Einführung in die Funktionsweise sowie Sinn und Zweck

- 3 Der *Voluntary Fund* wurde 1984 eingerichtet. Er dient dazu, Repräsentanten indigener Organisationen die Teilnahme an den Treffen der Arbeitsgruppe indigene Völker und auch an den Treffen des Ständigen Forums für indigene Angelegenheiten zu ermöglichen. Ferner finanziert er kleine Projekte auf lokaler Ebene (vor allem Seminare zu UN-relevanten Themen).
- 4 OP 4.10 steht für *Operational Policy 4.10*. Die Weltbank verabschiedete 1982 das erste Mal Richtlinien zum Umgang mit Indigenen. Diese Richtlinien bezogen sich vor allem auf den Schutz von Landrechten und die Versorgung mit Gesundheitsdiensten – besonders für solche Gruppen, die von Weltbank-unterstützten Projekten betroffen waren. 1991 wurden die Richtlinien das erste Mal überarbeitet, im Juni 2005 trat eine erneut überarbeitete Version in Kraft.
- 5 Diese Richtlinie, die in die OP 4.10 Aufnahme gefunden hat, wird zum Beispiel relevant im Zusammenhang mit industriellen Großprojekten in Gebieten, in denen Indigene siedeln. Sie soll sicherstellen, dass Projekte nur umgesetzt werden, wenn indigene Gruppen in Kenntnis der Sachlage ihre Einwilligung geben.

des Forums teilnehmen. Diese Einführungen werden von Unterstützer-NGOs bezahlt und von den indigenen Profis im Feld geleitet.

6. Die NGO-Vertreter

Viele der beim Forum vertretenen NGOs finanzieren die Teilnahme einer oder mehrerer indigener Interessenvertreter von Organisationen, mit denen sie auch das Jahr über zusammenarbeiten. Auch hier gibt es eine Reihe großer, etablierter Organisationen, die einen Beraterstatus am ECOSOC besitzen und regelmäßig an UN-Veranstaltungen teilnehmen. Sie richten oft, genau wie einzelne UN-Organisationen, Veranstaltungen in den Sitzungspausen aus. Dem gegenüber stehen die Vertreter kleiner NGOs, die wenig Prestige und/oder kaum Erfahrung im UN-Kontext besitzen. Sie können mit ihrer Teilnahme aber auch durchaus im politischen Kontext irrelevante Ziele verfolgen, zum Beispiel, wenn sie auf der Suche nach Geschäftskontakten für Tourismusprojekte oder für die Organisation spiritueller Workshops sind. Der offene Charakter der Sitzungen des Forums macht aus selbigem ein hochgradig heterogenes Feld in Bezug auf Zusammensetzung und Interessen sowie individuelle Zielsetzungen der Teilnehmer.

7. Die Mitarbeiter wissenschaftlicher Einrichtungen

Die Vertreter wissenschaftlicher Einrichtungen bilden eine zahlenmäßig eher unbedeutende Gruppe von Personen, die sich teilweise untereinander kennen oder auf dem Treffen zufällig kennen lernen. Man tauscht Erfahrungen aus, ist aber ansonsten bemüht, eigene Wege zu gehen und mit den Gruppen in Kontakt zu kommen, die für die jeweilige Forschung relevant sind. Einige Wissenschaftler verknüpfen auch ihr Forschungsinteresse mit politischer Lobbyarbeit für indigene Bewegungen. Sie sehen das Forum als wichtigen Ort, um neueste Informationen aus ihren Forschungsregionen zu bekommen sowie Kontaktpersonen aus den entsprechenden Ländern zu treffen. In der Gruppe der Wissenschaftler gibt es einige Ethnologen, die das Treffen besuchen. Sie spielen insgesamt eine Außenseiterrolle und sind für die Analyse des politischen Feldes eher von untergeordneter Bedeutung. In Gesprächen mit indigenen Aktivisten wird vor allem Ethnologen jedoch oft mit grundlegender Kritik begegnet: Sinn und Zweck ihrer Forschung wird in Frage gestellt, da sie einem grundsätzlich ›kolonialen‹ Prinzip der Degradierung Indigener zu ›Studienobjekten‹ folgten und sich anmaßen, ihre Kultur und Stimme zu repräsentieren.

Sitzordnung

Hinzuweisen ist noch auf die Sitzordnung im Konferenzsaal. Die Regierungsvertreter und die Delegierten der UN-Organisationen sowie die Mitglieder des

Forums sitzen an fest zugewiesenen Plätzen im Plenarsaal. Auf einem Podest nehmen der Leiter der Sitzung, zusammen mit den *keynotespeakers* der jeweiligen Themenblöcke, einem oder mehreren Angestellten des Sekretariats des Forums sowie der Schriftführer (ebenfalls Mitglied des Forums) Platz. Unmittelbar darunter sitzen im Halbkreis die anderen Forumsmitglieder. Vom Podest aus betrachtet nehmen die Regierungsvertreter zum größten Teil auf der linken Seite des Raumes und in der Mitte, die Delegierten der UN-Organisationen in der Mitte sowie auf der rechten Seite Platz. Größere NGOs und indigene Organisationen (meist die mit UN-Beraterstatus) suchen sich ebenfalls feste Plätze im Tagungsraum. Diese markieren sie manchmal, indem sie selbstgefertigte Namensschilder aufstellen. Meist entsteht aber auch ohne diese Markierung eine Art ungeschriebene Sitzordnung. Die Vertreter kleinerer indigener und nicht-indigener Organisationen sowie die wissenschaftlichen Teilnehmer verfügen hingegen über keine festen Plätze.

Teilnehmerzahlen 2002 bis 2005

Beim Vergleich der Teilnehmerzahlen⁶ aus den Jahren 2002 bis 2005 fällt Folgendes auf: Einerseits ist die Zahl von Regierungsvertretern sowie Delegierten von UN-Einrichtungen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen stetig gewachsen; andererseits sind große Schwankungen bei den Zahlen der am Forum teilnehmenden Repräsentanten indigener Organisationen zu verzeichnen. Nach einem ersten Anstieg der Zahlen 2003 und 2004, fielen sie 2005 ungefähr auf den Stand des ersten Jahres zurück. Dieser Rückgang korrespondiert mit einer Ernüchterung vieler indigener Teilnehmer, die diese mir gegenüber in Bezug auf die Relevanz des Forums für ihre Arbeit in den jeweiligen Heimatregionen 2004 und 2005 vermehrt äußerten. Ersichtlich wird jedoch gleichfalls, dass die Repräsentanten indigener Organisationen weiterhin mit Abstand die größte Gruppe der Teilnehmer darstellen.

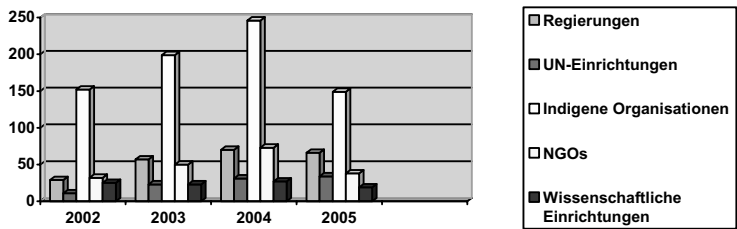
Genaue Angaben zu den Personenzahlen kann man den entsprechenden UN-Dokumenten hingegen nicht entnehmen. Bis 2004 stiegen die Teilnehmerzahlen jedoch, laut Elsa Stamatopoulou, von ca. 800 auf 1200 Personen (Gespräch Stamatopoulou 20.05.2004).

6 Die entsprechenden Angaben in der untenstehenden Tabelle beruhen auf eigenen Berechnungen an Hand der Sitzungsberichte aus den Jahren 2002 bis 2005. Leichte Abweichungen sind deshalb möglich (vgl. United Nations 2002a, 2003, 2004a, 2005).

Tabelle 1: Teilnehmerzahlen 2002-2005

Jahr	Regie- rungen	UN-Einricht- ungen (& andere zwischen- staatliche Organisatio- nen)	Indigene Or- ganisationen (mit & ohne Beraterstatus am ECOSOC)	NGOs (mit & ohne Berater- status am ECOSOC)	Wissen- schaftliche Einrichtun- gen
2002 ⁷	29	11	152	32	25
2003	57	23	199	50	23
2004	70	31	246	73	27
2005	66	34	149	38	19

Abbildung 4: Teilnehmerzahlen 2002-2005



2. Mai 2005: Ein Sitzungstag am Forum

Um sich eine Vorstellung vom Konferenzalltag während der Treffen des Forums machen zu können, schildere ich im Folgenden einen typischen Sitzungstag. Die eingenommene Perspektive ist die der ethnologischen Forscherin, also einer Vertreterin der siebten Gruppe im Feld (vgl. Kapitel V.1). Die geschilderten Erlebnisse und Diskussionen mit verschiedenen Teilnehmern des Forums stellen eine Synthese der Erfahrungen dar, die ich während meiner Teilnahme an der Sitzungsperiode des Forums im Jahr 2005 im Verlauf der zwei Wochen gemacht habe. Die Eindrücke und Gespräche aus den Jahren 2003 und 2004 fließen aber indirekt ebenfalls mit ein. Die Schilderungen

7 Zu den Zahlen aus dem Jahr 2002 gilt es anzumerken, dass die Rubrik »indigene Organisationen« auch »nicht-indigene Organisationen« umfasste, da in dem entsprechenden Jahr noch nicht zwischen diesen beiden Kategorien, sondern zwischen Organisationen mit und ohne Beraterstatus am ECOSOC unterschieden wurde.

bilden die Grundlage für die danach folgende Analyse des politischen Feldes (vgl. Kapitel II.5). Sie geben Einblicke in die strukturellen Bedingungen des Forums und die Dynamik der Sitzungen, aber auch in die Erwartungen und Vorstellungen der Teilnehmer – vor allem der indigenen.

Kurz vor neun Uhr bog ich in die First Avenue, Höhe 42. Straße, ein und steuerte direkt auf das hohe, schmale UNO-Gebäude zu. Vor mir liefen zwei Männer in dunklen Anzügen, die sich auf französisch unterhielten. Eine Frau in schicken Kleidern überholte mich – in der Hand einen Kaffeebecher, um den Hals eine etwas schmucklose Kette, an deren Ende ein UN-Pass baumelte. Ich erkannte sie als Vertreterin einer großen europäischen NGO, die indigene Organisationen unterstützt. Während die zwei Männer, offensichtlich Angestellte der UNO, das Gebäude durch den Haupteingang betraten, steuerten die Frau und ich als Teilnehmer am Ständigen Forum für indigene Angelegenheiten mit unseren Pässen den Besuchereingang an. Dort hatte sich bereits eine Schlange an der Sicherheitskontrolle gebildet. Gerade lief eine mit traditionellem Gewand bekleidete und reich mit Schmuck verzierte Maasai durch die Sicherheitsschranke. Ein Signal ertönte, sie schaute den Beamten zögerlich an, doch der winkte sie durch. Am dritten Tag der Konferenz war sich dieser Beamte anscheinend sicher, dass nur der Schmuck das Signal ausgelöst haben konnte.

Im Gebäude angekommen, schlug mir klimatisierte Luft und im Vergleich zur Hektik der Straße eine angenehme Ruhe entgegen. Die ersten Besuchergruppen saßen bereits auf den weichen Lederbänken im Eingangsbereich und warteten auf den Beginn der Führungen. Ich stieg eine Treppe hinab, durchquerte die Zone der Souvenir-Läden und passierte einen weiteren Sicherheitsbeamten mit leichtem Kopfnicken – der UN-Pass baumelte nun auch gut sichtbar um meinen Hals. Ein fensterloser Gang führte mich direkt auf die ebenfalls fensterlose Cafeteria zu, die zu dieser Stunde noch viele freie Plätze aufwies. An den bereits belegten Tischen saßen Teilnehmer des Forums, zum Teil mit Laptops und Kaffee, einzeln oder in Gespräche mit anderen vertieft. Es wurde geraucht und diskutiert. Ich blickte mich suchend um, ob ich einen potentiellen Gesprächspartner ausfindig machen konnte. Es war das dritte Jahr, das ich an der zweiwöchigen Sitzung des Forums teilnahm. Ich erkannte inzwischen eine Vielzahl von Gesichtern unter den über tausend Teilnehmern und konnte die indigenen unter ihnen, auch wenn sie mir unbekannt waren, meist einer von zwei groben Kategorien zuordnen: Die erfahrenen Teilnehmer waren beständig damit beschäftigt, Leute zu grüßen, kurze und längere Gespräche zu führen und betriebsam durch die Gänge zu laufen. Im Konferenzsaal traf man sie nur zu den »entscheidenden« Sitzungen – bei der Eröffnungssitzung, bei der Abschlusssitzung, wenn sie selbst einen Redebeitrag hatten oder wenn für ihre Arbeit wichtige Personen sprachen. Die Neuen be-

wegten sich hingegen häufig in Gruppen fort, an deren Spitze manchmal ein UN-erfahrener Indigener lief. Dann ging es meist zu einer Veranstaltung, in welcher der erfahrene UN-Teilnehmer vielleicht selber sprach oder die er zumindest als besonders wichtig für die anderen identifiziert hatte. Die Neuen sah man auch regelmäßiger im Sitzungssaal, wo sie jedoch fast ausschließlich in der Rolle der Zuhörer waren oder sich die auf Tischen kostenlos ausliegenden Informationsmaterialien, Redebeiträge, Ankündigungen und Publikationen anschauten.

An diesem Morgen hatte ich bei meiner Gesprächspartnersuche in der Cafeteria kein Glück. Eigentlich hatte ich mir sowieso vorgenommen, am Caucustreffen teilzunehmen. Das fand eine Stunde vor dem offiziellen Sitzungsbeginn, ab 9:00 Uhr im Konferenzsaal statt. Mit dem Wort Caucus wurden Arbeitsgruppen bezeichnet, die zum inoffiziellen Programm des Forums gehörten. Der Caucus wurde in der Arbeitsgruppe indigene Völker in Genf eingeführt und danach auch ans Forum übertragen. Er diente der Positionsabsprache unter den indigenen Teilnehmern sowie zur Erarbeitung gemeinsamer Redebeiträge. Jedes Jahr gab es die festen Caucustreffen, zu denen das morgendliche Gesamtcaucus- und die regionalen Gruppentreffen der Indigenen am Abend gehörten. Zudem entstanden in den ersten Tagen meist eine Reihe von thematischen Arbeitsgruppen, die kollektive Redebeiträge zu den entsprechenden Punkten des Tagungsprogramms entwickelten. Am morgendlichen Caucus im Konferenzsaal konnte jeder teilnehmen, doch eigentlich war es ein Treffen der indigenen Teilnehmer. Bei den regionalen Treffen fühlte man sich als nicht-indigener Teilnehmer schnell als Fremdkörper und wurde neugierig beäugt, wenn man den Raum betrat. Da die Gruppen kleiner waren und oft auch interne Streitigkeiten diskutiert wurden, konnte die Anwesenheit Außenstehender schnell als störend empfunden werden.

In Gedanken hing ich dem Lateinamerika-Caucus des Vorabends nach, der die ersten Anzeichen von Teilnehmerschwund gezeigt hatte. Man wollte ein gemeinsames Papier zum Thema Landrechte erarbeiten. Nachdem an den ersten Abenden von einigen wenigen lange Grundsatzreden gehalten worden waren und fast ein Streit entbrannt war, wer den vorzubereitenden Beitrag hinterher in der offiziellen Sitzung verlesen dürfe, hatten sich inzwischen die Wogen geglättet. Übriggeblieben waren diejenigen, die bereit waren, am Papier aktiv mitzuwirken, selbst wenn sie es selber nicht präsentieren durften. Man hatte sich am Vorabend auf zwei junge, neue Teilnehmer des Forums als Vortragende geeinigt: eine Vertreterin aus Kolumbien und einen Repräsentanten aus Ecuador. Damit ließen sich die latenten Spannungen in der Gruppe lösen, die sich zwischen erfahrenen und neueren Teilnehmern gebildet hatten. Die Erfahrenen leiteten die Caucustreffen und traten auch in den offiziellen Sitzungen oft als Redner in Erscheinung. Die allgemeine Stimmung in der Gruppe deutete indes darauf hin, dass die Neuen sich nicht angemessen betei-

ligt und repräsentiert fühlten. Die erfahrenen Caucusleiter erkannten rechtzeitig die gereizte Stimmung im Raum. Vor allem ein Aymara, der als Jurist seit langen Jahren mit der UNO zu tun hatte, setzte sich für die jungen Redner ein. Ich kannte ihn seit meiner ersten Teilnahme am Forum im Jahr 2003, wo wir uns auf einer der allabendlich stattfindenden offiziellen und inoffiziellen Zusammenkünfte über seinen mehrjährigen Aufenthalt in Paris unterhalten hatten. Er wollte mich für die Idee einer indigenen Diplomatschule gewinnen. Bald hatte ich ihm aber erfolgreich vermittelt, dass meine Position in der akademischen Hierarchie zu unbedeutend war, um als Zugpferd für die Umsetzung dieser Idee in Deutschland Gelder eintreiben zu können. Im zweiten Jahr meiner Teilnahme, 2004, sah ich ihn kaum. Stattdessen lagen auf den Tischen vor und im Sitzungssaal offene Briefe aus, die ihn beschuldigten, sich »am indigenen Thema zu bereichern« und eine fiktive Basisorganisation in seinem Heimatland Peru geschaffen zu haben. Er sei ein »profesional mestizo«⁸, der weder Aymara noch Quechua spreche, aber im Namen der Indigenen finanzielle Unterstützung von nationalen und internationalen Organismen erhalte. Er zöge sich an wie ein indio, »ohne wie einer zu fühlen oder einer zu sein«. Die Schreiber des Briefes konnte ich leider auf der Konferenz nicht ausfindig machen. Sie bezeichneten sich als »Forschungsgruppe junger Studenten, die sich mit der Sache der Aymara und Quechua verbunden fühlten«. Die von ihnen geäußerten Vorwürfe waren mir jedoch vertraut, da sie in Peru schnell dem jeweiligen politischen Gegner in der indigenen Organisationslandschaft gemacht wurden. Vor allem Personen, die auf UN-Ebene als indigene Experten ausgewiesen waren, wurden von den unterschiedlichsten Gesprächspartnern in Peru immer wieder als »Nutznießer der indigenen Sache« bezeichnet.

Die unangenehme Situation des Vorjahres hatte sich in diesem Jahr für den Aymara komplett gewandelt. Seine politischen Gegner waren weitestgehend verstummt und hatten seinem Ruf anscheinend keinen dauerhaften Schaden zufügen können. Stattdessen hatte er im Laufe des Jahres an mehreren UN-Konferenzen und Seminaren teilgenommen und die diesjährige Einführung für die Neuen, die von einer Unterstützer-NGO finanziert wurde, geleitet. Auch im Caucustreffen verteilte er seine Positionspapiere sowie Redebeiträge für das Forum und machte Werbung für die von ihm geleiteten Einführungskurse ins UN-System. Auch mir und meiner Forschung gegenüber zeigte er sich offen. Das konnte allerdings auch an meiner Mittlerfunktion zwischen ihm und einer Deutschen liegen, mit der zusammen er ein Projekt zum Thema Menschenrechtsbildung in indigenen Gemeinden bei der Europäischen Kommission einreichen wollte. Inzwischen hatte ich verstanden, dass die Position der Vermittlerin für mich als Forscherin durchaus von Vorteil

8 Dt. »mestizischer Akademiker«.

sein konnte. War ich doch als Gesprächspartnerin für alle anwesenden Indigenen ansonsten eher uninteressant und musste mich besonders bemühen, um eine Einladung für eine gemeinsame Abendgestaltung oder auch nur einen Platz in der Gesprächsrunde am Tisch der Cafeteria zu bekommen. Die Jagd nach derlei Einladungen bestimmte demnach einen nicht unerheblichen Teil meiner täglichen Forschungsarbeit. Denn: Das waren die Gelegenheiten, bei denen die politische Situation im Heimatland, interne Konflikte unter den anwesenden Teilnehmern und die Ereignisse am Forum in Ruhe durchgesprochen wurden. Hier erhielt man die erforderlichen Informationen, die zur Entschlüsselung des Feldes entscheidend beitragen konnten und die interne Dynamik des Forums verständlicher machten.

Will man an der UNO nicht nur die offiziellen Diskursstrategien der Teilnehmer nachvollziehen und analysieren, sondern die Dynamik des politischen Feldes begreifen, hat man es bei der Forschung schwer. Man selbst ist Neuling im Feld, noch dazu in der Rolle des Zuschauers festgelegt, auch wenn man von den indigenen Teilnehmern zuerst einmal in die Gruppe der NGO-Vertreter, also der potentiellen Projektfinanzierer, gesteckt wird. Dies bringt besondere Schwierigkeiten bei der Kontaktaufnahme mit sich, da die Erwartungen an Sinn und Zweck des Gespräches grundsätzlich unterschiedlicher Natur sind: Die indigenen Repräsentanten hoffen, einem eventuellen Projektpartner gegenüberzusitzen und lenken das Gespräch in die entsprechende Richtung. Die Ethnologin hofft hingegen, einem potentiellen Informanten gegenüberzusitzen, mit dem sie vielleicht eine längerfristige Arbeitsbeziehung aufbauen kann. Sie versucht, mehr über die persönlichen Einstellungen des Gegenüber herauszufinden. Beide Seiten werden bei diesen konträren Interessenlagen oft enttäuscht.

Inzwischen hatte ich die Eingänge zum Sitzungssaal erreicht. Auf den weichen Lederbänken im Flur saßen vereinzelt kleinere Personengruppen ins Gespräch vertieft. Es stand eine lange Reihe von Computern bereit, an denen man kostenlos im Internet surfen konnte. Auch an diesen fand man zu morgendlicher Stunde noch relativ leicht einen Sitzplatz. Ab 10:00 Uhr – dem Beginn der offiziellen Sitzungen – jedoch musste man schnell sein, um einen freiwerdenden Computer zu bekommen. Ich trat in den Sitzungssaal ein. Bis auf die Leiter des Caucustreffens war er noch leer. Sie saßen auf dem Podium, das ansonsten für die Forumsmitglieder, Sekretariatsmitarbeiter und eingeladenen Sprecher vorgesehen war. Ein Blick auf die Uhr verriet mir, dass es bereits 9:15 Uhr war – das Treffen musste eigentlich schon in Gang sein, aber es fehlte offensichtlich an Teilnehmern.

Ich verließ den Saal wieder und ging zurück zur Cafeteria. Dort fiel mein Blick auf einen schlanken, bärtigen Niederländer Ende vierzig. Auf seiner Nase saß eine Brille, die sich modischen Zwängen widersetzte; er trug einen königsblauen Anzug. Konzentriert blätterte er in seinen Papieren, während er

einen Kaffee trank. Am Tag zuvor hatte ich ihn durch den Konferenzsaal laufen sehen, um Appellbriefe zu verteilen. Diese waren an die brasilianische Regierung gerichtet und forderten sie auf, sich um das Schicksal einer indigenen Gruppe im Mato Grosso zu kümmern. Dem Briefkopf konnte ich entnehmen, dass der Mann Vertreter einer kleinen europäischen NGO war, die politische Lobbyarbeit für die »Indigenenproblematik« betrieb. Er selbst wurde mir im Vorjahr in Genf beim Treffen der Arbeitsgruppe indigene Völker von einem Gesprächspartner als langjähriger Kenner und Teilnehmer der Arbeitsgruppe beschrieben. Deshalb war ich auch nicht erstaunt, ihn nun in New York wiederzusehen. Mit meinem Kaffee setzte ich mich an seinen Nachbartisch und sprach ihn an. Er erzählte, dass er zum ersten Mal in New York sei und auch nur ein paar Tage bleiben könne, da seine Organisation kaum finanzielle Mittel besäße. Auf den Appellbrief vom Vortag angesprochen, redete er sich schnell in Rage. Zuerst über die Indigenenpolitik der brasilianischen Regierung, bald aber auch über das Verhalten vieler indigener Forumsteilnehmer. Sie würden politisch nichts wagen und die Möglichkeiten des Forums nicht nutzen, um Druck auf ihre Regierungen auszuüben. Die Mitglieder seiner Organisation, so führte er auf meine Nachfrage hin aus, hatten sich aus unterschiedlichen linken Strömungen der 1970er und 80er Jahre zusammengeschlossen, darunter Marxisten, Anhänger der katholischen Befreiungstheologie und der Ökologie-Bewegung. Mein Gesprächspartner nahm seit Mitte der 1980er Jahre an den Treffen der Arbeitsgruppe teil. Er erzählte, dass dort am Anfang viele Minister, vor allem der kanadischen und australischen Regierung, mit Kamera- und Radioteams auftraten. Jeden Abend hätte es einen Empfang in einer anderen Botschaft gegeben. Die Regierungen hätten versucht, den von Indigenen gewonnenen politischen Raum zu besetzen. Gegenwärtig sei dies nicht mehr so extrem zu beobachten, da das Thema stärker im politischen Mainstream angekommen sei. Dann zeigte er mir eine Reihe von Personen an anderen Tischen und erzählte, dass sie zur »internationalen indigenen Elite« gehören würden: Sie kämen aus Familien, in denen die Eltern vielleicht selbst noch traditionell lebten, allerdings auch schon immer eine hervorgehobene Rolle in ihren Gemeinschaften gespielt hätten. Ihren Kindern hätten sie eine Universitätsausbildung oder ähnliches ermöglicht. Heute seien dies die wortangebenden indigenen Führer auf internationaler Ebene, die selbst das Leben ihrer Vorfahren nur noch aus Erzählungen kannten. Als ich ihn fragte, warum er denn zum Forum komme, da er diesen Ort anscheinend recht kritisch beurteile, erhielt ich eine stark emotionale Antwort: Sie hätten lange gekämpft, um in diesen politischen Raum vorzustoßen, es sei ein großer Erfolg. Leider träten mit dem Erfolg auch negative Auswirkungen zutage. Zum Beispiel sei für große NGOs und Entwicklungsinstitutionen aus den USA und Europa die Arbeit mit indigenen Basisorganisationen meist zu mühsam, da die »Indigenen langsam und sehr konfliktfreudig

seien«. Die Unterstützer arbeiteten deshalb lieber mit großen NGOs in den entsprechenden Ländern zusammen und überließen diesen die Basisarbeit, mit dem Ergebnis, das man zum Beispiel an Konferenzen wie dem Forum leider manchmal ablesen könne. Dennoch sei die Geschichte der indigenen Bewegungen im UN-Kontext ein großer Erfolg. Man müsse sich nur die Zusammensetzung der UN-Organisationen anschauen, die schon länger zum Thema Indigene arbeiteten. Sie alle hätten inzwischen auch indigene Angestellte.

Über dem Gespräch war die Zeit schnell vergangen, und ein Blick auf die Uhr bestätigte meine Vermutung: Wenn der Caucus sich heute getroffen hatte, war die Sitzung ohne mich vonstatten gegangen. Bald begann der offizielle Teil des Tages. Ich verabschiedete mich von meinem Gesprächspartner und steuerte erneut den Sitzungssaal an. Vor mir lief Victoria Tauli-Corpuz, Igorot aus den Philippinen und neues Mitglied im Forum. Sie war dieses Jahr zur Vorsitzenden und damit zur Leiterin der Sitzungen gewählt worden. Frau Tauli-Corpuz war Direktorin der Tebtebba Foundation, einer indigenen Organisation mit Beraterstatus am ECOSOC, die in den letzten Jahren im UN-Kontext stark an Bedeutung gewonnen hatte. Ihre Eröffnungsrede der diesjährigen Sitzung kam mir, auch im Zusammenhang mit dem gerade geführten Gespräch, in den Sinn: Das Forum sei eines der globalen Ereignisse, die man nicht verpassen dürfe. Die Lobbyarbeit der Mitglieder des Forums während des vergangenen Jahres habe zur Erarbeitung von Richtlinien und gemeinsamen Projekten zwischen Indigenen und der UNO geführt. Doch müssten stärker regionale Lösungen im Forum gesucht werden. Um den Dialog zu verbessern, würden deshalb dieses Jahr drei regionale Treffen innerhalb der Sitzungszeiten stattfinden: zu Asien, Afrika und Lateinamerika. Ideen für konkrete Aktionen müssten gefunden und die Hindernisse bei deren Umsetzung identifiziert werden. Eine große Herausforderung für das Forum sei es, zu einer wirklichen Verbesserung der Lebensverhältnisse in indigenen Gemeinden beizutragen. Allein daran ließe sich der tatsächliche Erfolg des Forums messen. Sie beschwor die anwesenden indigenen Teilnehmer: »Sisters and brothers, we have come a long way since the idea of the Forum was forged. Now let's plan where we want to be in ten years from now.«

Der Sitzungssaal war gut gefüllt. Einige Tischreihen, an denen die Regierungsvertreter ihren festen Platz hatten, waren allerdings noch nicht besetzt. Auf dem Podium saßen der Schriftführer, die keynotespeakers, die Leiterin der Sitzung und die Chefin des Sekretariats, die Griechin Elsa Stamatopoulou. Unterhalb des Podiums befanden sich im halbrunden Kreis die Plätze der anderen Forumsmitglieder. Dahinter begannen die Reihen für die Teilnehmer. Linkerhand saßen die Regierungsvertreter, rechterhand hatten die teilnehmenden UN-Organisationen ausgewiesene Plätze. Der Rest stand den NGOs zur freien Verfügung. An diesem Morgen stand das Millenniums-Entwicklungsziel (MDG) der weltweiten Armutsreduzierung bis 2015 auf dem

Programm. Mark Malloch-Brown vom United Nations Development Programme (UNDP) war der erste keynotespeaker zum Tagungspunkt. Er sorgte einleitend für positive Stimmung unter den Zuhörern, indem er feststellte, dass die Diversität der im Saal anwesenden Personen, ihre bunten Kleider und die hohe Anzahl an weiblichen Teilnehmern viel besser als andere Treffen repräsentiere, wofür die UNO eigentlich stünde. Doch die globale Wirtschaft setze dieser Vielfalt ein Programm entgegen, das auf Vereinheitlichung abziele. Mit den MDGs versuche die UNO dennoch, diesem Trend entgegenzuwirken. Armut habe eine kulturelle Dimension und Indigene würden leider bislang in den nationalen Statistiken zu Armut versteckt, da keine ethnischen Kriterien zugrunde gelegt würden. Armut müsse mit der Durchsetzung von Menschenrechten bekämpft werden. Deshalb arbeite das UNDP eng mit der Hohen Kommissarin für Menschenrechte (UNHCHR) zusammen.

Der Leiter des Millenium Projekts⁹ der UNO, der Wirtschafts-Professor Jeffrey Sachs, schloss sich an den Redner des UNDP an. Er erklärte, dass die Gegenden, in denen Indigene lebten, die am schwersten zu entwickelnden Regionen seien. Es handele sich um Gebirge oder um dichte Wälder. Dies seien die Gebiete, in denen Indigene traditionell lebten oder in die sie zurückgedrängt worden seien. Ziel des Millenium Projekts sei es, die Bedürfnisse auf lokaler Ebene zu bestimmen, um sich der Beantwortung folgender Frage zu nähern: Wie könnten Bewohner abgelegener, ländlicher Gebiete Zugang bekommen zu den Maßnahmen, die im Zuge der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) umgesetzt würden? Im Millenium Projekt habe man einen Aktionsplan entwickelt, um in den Gemeinden, auf lokaler Ebene, die notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der MDGs zu identifizieren. Im Abschlussbericht des Projektes habe man die Regierungen auf die Notwendigkeit verwiesen, nationale Strategiepapiere unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerung zu erarbeiten und schnell zu handeln, damit die Ziele noch erreicht werden können. Doch auch indigenen Organisationen falle eine wichtige Aufgabe zu: Damit die MDGs auf Gemeindeebene umgesetzt werden könnten, müssten die indigenen Organisationen dafür sorgen, dass die Dörfer die Kontrolle hätten. Sie könnten zur Informationsverbreitung über die MDGs beitragen und auch dazu, dass ihre Umsetzung erfolgreich eingefordert werden könnte.

Nach ihren Beiträgen mussten sich die beiden keynotespeakers einer Fragerunde durch die Forumsmitglieder stellen. Dieser »interaktive Dialog« wurde 2005 neu im Forum eingeführt. Er zielte darauf ab, eine effizientere

9 Das Millenium Projekt wurde vom UN-Generalsekretär 2002 ins Leben gerufen, um einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Epidemien zu entwickeln. Im Januar 2005 präsentierte dieses unabhängige beratende Organ seine abschließenden Empfehlungen in dem Bericht *Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millenium Development Goals*. Das Mandat des Millenium Project wurde bis Ende 2006 verlängert.

Kommunikation zwischen den Teilnehmern der Veranstaltung zu erreichen. Im Anschluss an diesen Dialog wurde die offizielle Rednerliste eröffnet: Vertreter von Regierungen, Repräsentanten indigener Organisationen und Delegierte anderer UN-Einrichtungen kamen abwechselnd zu Wort. Da vor allem von indigener Seite die Zahl der auf der Liste eingetragenen Personen sehr umfangreich war, wurden ihnen strenge Kriterien auferlegt: Bevorzugte Behandlung erfuhren sogenannte ›collective statements‹ – von Delegierten verschiedener Organisationen gemeinsam verfasste Beiträge. Die entsprechenden Redner kamen als Erste an die Reihe, und ihnen wurden fünf Minuten für den Vortrag gewährt. Die Leiterin der Sitzung überwachte das Zeitlimit mit Hilfe einer Ampel und ermahnte Sprecher, die es überschritten. Sogenannten Einzelbeiträgen von nur einer indigenen Organisation wurden drei Minuten Sprechzeit eingeräumt. Applaus oder andere Reaktionen auf Redebeiträge waren nicht gestattet. Dieses Verbot wurde mit Zeitmangel begründet. Da jedem der in der Sitzung zu behandelnden Themen eine festgelegte Zeit im Konferenzprogramm zugeordnet war, entfielen regelmäßig eine Reihe von Einzelbeiträgen. Das Programm erwies sich diesbezüglich als unflexibel. Diese strenge Organisation führte zu Frustrationen unter den indigenen Teilnehmern.

War die Sprecherliste nach dem ›interaktiven Dialog‹ geöffnet, wurden auch die folgenden Sprecher von der Sitzungsleitung dazu aufgefordert, den keynotespeakers Fragen zu stellen und damit zum Dialog beizutragen. Diese antworteten aber aus Zeitmangel nicht mehr auf die Fragen. Da man sich, wie beschrieben, bereits im Vorfeld in die Sprecherliste eintragen musste, der Redebeitrag drei bis fünf Minuten nicht übersteigen sollte und man über die erforderliche Sachkenntnis bzgl. der Programme und Ziele der jeweiligen UN-Einrichtungen verfügen musste, waren dem Einbezug aller in diesen Dialog darüber hinaus Grenzen gesetzt.

Neben mir nahm eine 23-jährige Frau aus Salazaca, Ecuador, Platz. Sie war ungefähr 1,65 m groß und hatte ihr langes schwarzes Haar zu einem Zopf geflochten. Ein lilafarbener Poncho bedeckte ihre Schultern, sie trug einen farbigen Rock, bunte Ohrringe und mehrere Ketten. 2004 war sie mit ihren Brüdern für zwei Monate durch Europa gereist, um dort Musik zu machen und Kunsthandwerk zu verkaufen. Seit zwei Jahren engagierte sie sich in einer indigenen Organisation. Zwischenzeitlich, so erzählte sie mir, habe sie allerdings schon wieder aufhören wollen, denn sie »habe die Botschaft der Organisation nicht verstanden«. Inzwischen begreife sie schon besser, was die Organisation wolle und wie sie funktioniere. Auf meine interessierte Nachfrage gab sie folgende Auskunft: »Die Organisation vertritt Standpunkte, die ich erlernen musste. Auch wusste ich anfangs nicht, wie ich mich auf Versammlungen zu verhalten hätte oder was eigentlich genau meine Aufgabe sei. Langsam begreife ich erst, wofür die Organisation steht.« Den letzten Satz

konnte oder wollte sie mir allerdings nicht näher erläutern. Das Forum gefiel ihr, sie hatte sich mit Maasai-Frauen aus Kenia und Tanzania angefreundet. Auch wenn die Kommunikation schwierig sei, fände sie es spannend, dass man hier Menschen aus allen möglichen Ländern kennen lerne.

Um kurz nach 13:00 Uhr verließ ich den Sitzungssaal. Während der Sitzungspause zwischen 13:00 und 15:00 Uhr gab es jeden Tag eine Reihe von Veranstaltungen, die von UN-Einrichtungen und großen NGOs organisiert wurden. Heute wollte ich an einer Diskussion der überarbeiteten Weltbankrichtlinie (Operational Policy 4.10, kurz OP 4.10) teilnehmen. Sie bezog sich auf Verhaltensmaßregeln für den Umgang mit indigenen Völkern, die in Gebieten siedelten, in denen von der Weltbank unterstützte Entwicklungsprojekte durchgeführt werden sollten. Es ging dabei im Speziellen um ›free, prior and informed consent‹, ein heiß diskutiertes Thema am Forum. Die Weltbank hatte diese Richtlinie, die unter anderem besagte, dass indigene Gemeinden ihre Zustimmung geben mussten, wenn zum Beispiel in ihrem Siedlungsgebiet Öl gefördert werden sollte, in ihrer OP 4.10 umgeändert in ›free, prior and informed consultation‹. Nun wurden die semantischen Differenzen zwischen den Begriffen consent und consultation diskutiert. Am 1. Juni 2005 sollte die neue Richtlinie der Weltbank in Kraft treten. Die geänderte Weltbankpolitik war eines der Hauptthemen unter den erfahrenen indigenen Teilnehmern bei der diesjährigen Forumssitzung: Einerseits wurde gewürdigt, dass auch die Weltbank inzwischen das Recht auf Selbstbestimmung indigener Völker anerkannt hätte. In den Richtlinien würde ausdrücklich vermerkt, dass die Weltbank keine Regierungsprojekte in indigenen Gebieten fördern sollte, die nicht zuvor eine breite Unterstützung der entsprechenden Gemeinden erhalten hätten. Dennoch bliebe die Richtlinie hinter bereits existierenden internationalen Normen zurück. Der Begriff consultation sei zu wässrig und böte Manipulationen noch mehr Raum. Die Projektleiter könnten zum Beispiel den willfähigen Teil einer Gemeinde zusammenrufen und dies als ›Beratung‹ deklarieren. Oder sie träfen sich mit ausgewählten bzw. selbsternannten Repräsentanten und verkündeten dann, sich beraten zu haben. Die ›breite Unterstützung der Gemeinde‹, die in der Richtlinie der Bank gefordert würde, sei auch nicht näher definiert. Außerdem müssten Indigene nun ihre ›tiefe Verbundenheit‹ mit dem Land, auf dem sie siedelten, beweisen. Wie, bitte schön, stelle sich die Weltbank das konkret vor? Die Kritik an der veränderten OP 4.10 manifestierte sich während der Veranstaltung und auch in vielen Gruppen- und Einzelgesprächen, die ich mit erfahrenen Teilnehmern im Laufe der Konferenz führte. Es fand sich eine kleine Arbeitsgruppe erfahrener indigener Teilnehmer zusammen, die eine Presseerklärung verfassen wollte, in der die neue Richtlinie der Weltbank kritisch analysiert wurde. Neue im Feld wussten hingegen meist weder, was die OP 4.10 war, noch, was ›free, prior and informed consent‹ bedeutete. Aber sie wussten sehr wohl, dass die Weltbank die Institu-

tionalisierung indigener Interessen in verschiedenen Ländern fördert und dass über die Verwendung der dafür bereitgestellten Gelder, wie im Falle Perus, bereits heftige Konflikte entstanden waren. Man befürchtete, die Weltbank könne mit ihrer Politik die indigene Bewegung entzweien. Beim Thema Geld, so die Meinung der meisten, käme es schnell zu Uneinigkeit. Geld sei immer schon ein Mittel gewesen, »die Armen zu entzweien«.

Beim Mittagessen im UN-eigenen Restaurant, zu dem ich mich nach dem Besuch der Veranstaltung zur Weltbankrichtlinie entschlossen hatte, traf ich auf drei indigene Vertreter aus Südamerika: einen Mapuche aus Argentinien, der seit den 1970er Jahren in der internationalen indigenen Bewegung mitwirkte, an den wichtigsten internationalen Konferenzen seit diesen Tagen teilgenommen hatte und auch an der Erarbeitung einer Presseerklärung zur OP 4.10 aktiv mitwirkte; außerdem einen indigenen Vertreter aus Brasilien, der als junger Mann als Pilot für die FUNAI¹⁰ gearbeitet, sich in nationalen und internationalen indigenen Organisationen des Amazonasbeckens engagiert hatte und nun eine internationale Konferenz zu biologischer Vielfalt in Brasilien organisierte. Er wollte »mehr Bewusstsein schaffen im Westen für indigene Spiritualität und Lebensweise« und hatte in der Vergangenheit regelmäßig diesbezügliche Beiträge für Zeitungen in Brasilien geschrieben. Der dritte Tischpartner war ein Vertreter aus Kolumbien, der zwischen 2002 und 2004 als unabhängiger indigener Experte Mitglied des Forums war und sich schon lange auf nationaler und internationaler Ebene in der indigenen Bewegung des Amazonasgebietes engagierte. Sie griffen das Thema der Vormittagssitzung wieder auf: Was sei Armut im indigenen Kontext? Es hätte sich ein Diskurs der pobretología¹¹ entwickelt. Die so genannten »armen indigenen Völker« hätten aber ihr eigenes Wirtschaftssystem auf Grundlage der lokalen Gemeinschaften, welches es zu stärken gelte. Die indigene Agenda bestünde doch zudem aus anderen Themen – Kultur, Autonomie und Land. Diese grundlegenden Themen müsse man in praxisrelevante Eckpfeiler der Arbeit der UN-Organisationen verwandeln. Die Reflexion des Vertreters aus Argentinien, der seit langen Jahren in Kalifornien lebte und von dort aus für die indigene Bewegung aktiv war, traf auf breite Zustimmung in der Tischgemeinschaft. Der Repräsentant aus Brasilien wies darauf hin, dass auch im Lateinamerika-Caucus mehrfach die Meinung vertreten worden sei, dass das Thema Armut für Indigene in der Form, wie es bei der UNO und von den Regierungen diskutiert wurde, keine Relevanz besäße. Landrechte, Sprache und Spiritualität, das wären indigene Themen. Der Vertreter aus Kolumbien warf ein,

10 Fundação Nacional do Índio; dt. »Nationale Stiftung des Indianers«. Staatliche Behörde in Brasilien, die für »indigene Belange« zuständig ist.

11 Dt. »Armutologie« – eine ironische Wortschöpfung, die das Sprechen über Armut von Regierungen und UNO als einen abstrakten, realitätsfernen Diskurs kennzeichnen möchte.

dass Indigene nun wirklich nicht arm seien, sondern »verarmt«. Sie wollten von den nationalen Regierungen das Recht anerkannt bekommen, selber über ihre Territorien und natürlichen Ressourcen zu bestimmen. Beim Thema Armut würden Indigene unter die allgemeinen Wohlfahrtsprogramme subsumiert. Das käme den Regierungen, nicht aber den Indigenen entgegen. Dann wechselte der indigene Vertreter aus Kolumbien das Thema und erzählte, dass er nun, nach dem Ende seiner Amtszeit am Forum, für den Senat in seinem Heimatland kandidieren wollte. Dort gäbe es zwei nicht an Parteien gebundene Sitze für Indigene. Doch ungefähr zehn indigene Kandidaten würden untereinander um den knappen politischen Raum kämpfen. Er fühle sich fehl am Platz bei der diesjährigen Sitzung des Forums, da er jetzt mehr Zeit in Kolumbien verbringen müsse, um Wahlkampf zu machen. Dort bekäme er schließlich seine Stimmen, nicht am Forum.

Als wir wieder den Sitzungssaal ansteuerten, lief ich einer Ethnologin in die Arme, mit der ich im Jahr zuvor beim Arbeitsgruppentreffen in Genf Bekanntschaft geschlossen hatte. Auch sie forschte zur indigenen Bewegung im Kontext der UNO. Sie befragte mich nach dem bisherigen Verlauf meines Forschungstages. Ich berichtete von meinen Eindrücken und fragte nach ihrem Befinden. Sie seufzte leise und meinte mit einem ironischen Lächeln, sie fände es weniger mühsam, stundenlang durch die Savannen Afrikas zu laufen, um Informanten zu besuchen als an der Sitzung des Forums teilzunehmen. Wir teilten das leichte Gefühl von Beklommenheit und Befremden, das uns an diesem Ort überkam. Was war hier unsere Aufgabe als Wissenschaftlerinnen? In welchem Verhältnis standen wir zu unseren Forschungssubjekten, und wonach genau suchten wir in diesem Raum? Die große Zahl von Themen, Meinungen und Interessen legte sich schnell wie ein Schleier über die eigenen Forschungsfragen.

Ich begrüßte einen Aymara aus Puno, den ich bereits im letzten Jahr in Peru kennen gelernt und später am Forum erneut getroffen hatte. Er war nun das dritte Jahr in Folge zur Sitzung des Forums angereist, die Reise hatte er aus eigenen Mitteln finanziert. Dieses Jahr hoffte er, Sponsoren für seinen politischen Wahlkampf in Peru zu finden. Man hatte ihm von einem reichen Araber erzählt, der solche Zwecke finanziell unterstütze. Der Aymara hatte sich einer Partei angeschlossen, die sich »Indigene Bewegung Perus« nannte und in seiner Region bei den nächsten Wahlen 2006 kandidieren wollte. Doch für einen erfolgreichen Wahlkampf brauchte es nach seiner Einschätzung in erster Linie eine gute finanzielle Grundlage.

Er erkundigte sich nach einem gemeinsamen Bekannten in Lima, der dort eine NGO ins Leben gerufen hatte, um Gemeinden in seiner Herkunftsregion Ayacucho zu unterstützen. Der Aymara wunderte sich, unseren Bekannten nicht in New York zu sehen: Der »besäße« doch eine NGO, die hätten doch Geld. Es war eine mir wohlbekannte Annahme, die unter indigenen Organisa-

tionen in Peru gepflegt wurde. NGOs gehörten für sie erst einmal zu den ›Profiteuren‹ der indigenen Bewegung. Dieser Umstand ergab sich unter anderem aus den knappen finanziellen Ressourcen, die zur Verfügung standen und um den die beiden Organisationstypen konkurrierten. Auch wenn sie legal den gleichen Status besaßen, also beides NGOs nach peruanischem Recht waren, war die Unterscheidung zwischen indigener Organisation und nicht-indigener NGO im Kontext der indigenen Bewegung sehr wichtig. Sie wurde wie folgt definiert: Eine indigene Organisation verfügte über eine Basis – die Gemeinden – und wählte ihre Repräsentanten nach demokratischen Prinzipien, während eine NGO von Fachspezialisten ins Leben gerufen wurde. Sie konnte nicht für sich beanspruchen, im Namen der Gemeinden zu sprechen. Von indigenen Organisationsvertretern wurde den NGOs oft vorgeworfen, Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Gemeinden und ihren Einrichtungen zu schaffen. Sie seien nicht an der ›politischen Ermächtigung‹ Indigener interessiert und profitierten von deren schwacher sozialer Stellung.

Mein Bekannter begann, über einen anderen Aymara zu klagen, dem er heute begegnet war: »Obwohl wir beide Aymara sind und er über viele Kontakte bei der UNO verfügt, will er mir nicht helfen. Das ist typisch unter uns cholos.¹² Wir diskriminieren uns untereinander, der Diskurs von Brüderlichkeit und Solidarität ist nur nach außen gerichtet.« Er wies mich darauf hin, dass er am Nachmittag einen Redebeitrag hätte, in dem er die Situation der Indigenen in Peru schildern würde.

Nach der Nachmittagssitzung tagte wieder der Lateinamerika-Caucus. Doch dieses Mal ging man bereits nach einer Stunde auseinander, da die meisten ihren Beitrag zum Thema Landrechte noch nicht fertig redigiert hatten. Auch der Sitzungssaal sowie die angrenzenden Räume, Flure und die Cafeteria leerten sich relativ zügig. Gegen 19.30 Uhr fand sich eine Gruppe lateinamerikanischer Indigener zusammen, um gemeinsam Abend zu essen. Auch ich wurde eingeladen, und so steuerten wir ein italienisches Restaurant in der Nähe des UN-Gebäudes an. Auf dem Weg unterhielt ich mich mit einer Repräsentantin aus Kolumbien. Wir sprachen über das Migrationsproblem in den Gemeinden. Die Zahl der Indigenen, die in Städte abwanderten, stieg kontinuierlich. Ich fragte sie, warum man von indigenen Organisationen so wenig zu diesem Thema höre. Sie definierte Migration als eine persönliche Entscheidung und keine kollektive Angelegenheit. »Der Indigene kehrt immer in sein Gebiet zurück, er ist verbunden mit seinem Land. Persönliche Interessen sowie die staatliche Politik verleiten Einzelne dazu, ihre indigene Le-

12 *Cholo*: Als *cholo* werden in Peru Menschen mit indigenem – vor allem andinem – Phänotypus bezeichnet. Der Begriff kann sowohl als Eigenbezeichnung als auch als abwertende Fremdbezeichnung der Indigenen der Andenregion dienen. Zur Begriffsgeschichte und den vielfältigen Bedeutungen, in denen der Begriff verwendet wird siehe Laufer (1998: 152ff.; 199ff.).

bensweise aufzugeben. Aber es ist kein Problem, das unsere Politik als Kollektiv verändern darf. Wir gehören in unsere Gemeinden.» Bei den Sitzungen des Forums aber, so ihre angeschlossene Kritik, würden viele sprechen, die keine Verbindung mehr zu diesem Kollektiv hätten. Es sei zudem schwierig, die lokalen Probleme in etwas zu verwandeln, das man am Forum diskutieren könne. »Der Diskurs ist hier sehr abstrakt. Es ist eine andere Realität.«

Beim Essen saß ich neben dem Teilnehmer aus Brasilien, mit dem ich an diesem Tag auch schon zu Mittag gegessen hatte. Ich fragte ihn, ob er meinen Eindruck teile, dass im Lateinamerika-Caucus eine latente Spannung zwischen verschiedenen Gruppen von Teilnehmern herrsche. Er bejahte die Frage, was mich dazu ermunterte, mich nach seiner Erklärung für diese Differenzen zu erkundigen. Er erklärte, dass auch Indigene in verschiedene Lager geteilt seien. Dies könne man zum Beispiel am Thema Landrechte sehen. Eine Gruppe würde Land als ›Eigentum‹ betrachten, während andere die Demarkierung der Territorien wollen, um die zweckentfremdete Nutzung des Gebietes durch Dritte zu verhindern. Letzteres sei für ihn eine Forderung, die mit der indigenen Lebensphilosophie in Einklang stehe. Eigentum sei hingegen ein westliches Konzept, das zumindest der Weltsicht der Indigenen des Amazonasgebietes nicht entspreche. Bezeichnend sei auch, dass das Thema ›indigenes Territorium‹ oftmals besonders vehement von denen vorgetragen würde, die gar nicht mehr in ihren ursprünglichen Gebieten lebten. Gleichfalls gäbe es verschiedene Rollen in der indigenen Bewegung. Eine Gruppe kümmere sich um ›lo indígena‹¹³, sie schaffe ein ideales Bild, zum Beispiel von der comunidad als Solidargemeinschaft. Im Amazonasgebiet sei das Konzept der Gemeinschaft aber anders als zum Beispiel in den Anden. »Im Amazonas sind die Beziehungen um verwandtschaftlich organisierte Wirtschaftseinheiten herum aufgebaut. Das Konzept einer Dorfgemeinschaft als solidarisch wirtschaftender Bauernkooperative funktioniert dort nicht. Das gleiche gilt für das Thema Umweltschutz. Die Art und Weise, wie darüber im Westen nachgedacht und gesprochen wird, entspricht nicht der Denkweise eines indigenen Amazonasbewohners. Umweltschutz wird nicht als Pflege und Bewahrung der Natur im westlichen Sinne verstanden. Ein Amazonasindianer lebt von und mit den Pflanzen und Tieren, die ihn umgeben. Er versteht sich als Teil der Natur und will sie nicht zu einem Museumsobjekt machen.«

Ich fragte ihn, ob es über diese ideologischen Differenzen hinaus im Caucus nicht auch einen Konflikt zwischen neuen und erfahrenen Teilnehmern gäbe. Ja, so seine Antwort, auch dieser würde die Arbeit erschweren. Der Caucus sei ein sehr heterogener Raum, in den jeder mit seinen lokalen Problemen käme. Man könne sich deshalb immer nur mühsam auf ein Programm einigen, welche Themen beim Treffen des Caucus zu besprechen seien. Das

13 Dt. ›das Indigene‹.

Problem sei auch, dass die Neuen oft mit wenig klaren Vorstellungen davon kämen, wozu die UNO genützt werden könne. Aber es sei ganz natürlich, dass man als Neuer erst einmal die Arbeitsweise des Forums erlernen müsse. Die UNO sei ein Raum, in dem globale indigene Themen verhandelt würden. Die Kenntnisse über diese Themen besäßen aber die Repräsentanten von Basisorganisationen nur indirekt, über ihre lokale Erfahrung. Doch um diese für die UNO relevant zu machen, müsse man sie mit übergreifenden Themen wie Menschenrechte, biologische Vielfalt oder nachhaltige Entwicklung in Verbindung setzen. Die UNO sei ein bedeutender politischer Ort zur Entwicklung und Neuformulierung internationaler Normen und Standards. Für den Eintritt in diesen von staatlichen Interessen dominierten Raum hätten einige der anwesenden erfahrenen Teilnehmer über lange Jahre hinweg gekämpft. Heute kämen viele junge Leute, die den Raum als ›gegeben‹ hinnähmen und ihn für Partikularinteressen nutzten. Es fehle darüber hinaus an Respekt vor den Alten. Mit den ›Alten‹ meine er aber vor allem die traditionellen Führer indigener Gemeinschaften. Die fehlten am Forum. »Wenn hier indigene Stimmen zu Wort kommen sollen und die indigene Sicht auf Entwicklung Einzug bei der UNO erhalten soll, muss man diese Menschen nach New York bringen.« Deshalb habe er auch beim Caucus dafür plädiert, dass man sich für eine Redezeit für traditionelle Führer einsetze. Die Stimmen der Alten, welche indigene Weltansichten am besten verkörperten, könnten diesem Forum eine andere Richtung geben.

Es war 23.00 Uhr, wir baten um die Rechnung. Sie entsprach den in New York üblichen, hohen Preisen. Die junge Frau aus Kolumbien, die zum ersten Mal am Forumstreffen teilnahm, schaute etwas verzweifelt auf das Stück Papier. Der in den USA lebende und arbeitende Mapuche, mit dem ich auch zu Mittag gegessen hatte, zückte derweil seine Kreditkarte und erklärte, er übernehme die Rechnung. Es gab nur schwachen Protest. Alle waren müde, und einige blickten sehr dankbar ob dieser großzügigen Geste. Ich verabschiedete mich und machte mich auf den Weg zu meiner Unterkunft. Mein Arbeitstag am Ständigen Forum für indigene Angelegenheiten war zu Ende. Die Gespräche und Begegnungen bildeten wichtige Ausgangspunkte für eine Analyse des politischen Feldes der indigenen Bewegungen bei der UNO.



Abbildung 5: Von indigenen Teilnehmern gestalteter Empfang zu Beginn jeder Sitzungsperiode des Forums (Foto: Maren Rößler 2005).

Abbildung 6: Die Cafeteria – beliebter Treffpunkt der Teilnehmer während der Sitzungen des Ständigen Forums für indigene Angelegenheiten (Foto: Maren Rößler 2005).



Abbildung 7: Teilnehmer des Forums, die auf den Lederbänken und an den Computern vor dem Sitzungssaal Netzwerkarbeit betreiben (Foto: Maren Rößler 2005).

Abbildung 8: Vom Lateinamerika-Caucus bestimmte Sprecher tragen einen gemeinsam erarbeiteten Redebeitrag in der offiziellen Sitzung vor (Foto: Maren Rößler 2005).



Abbildung 9: Neun der sechzehn Forumsmitglieder der Sitzungsperioden 2005 bis 2007. Am Rednerpult die Vorsitzende Victoria Tauli-Corpuz (Foto: Maren Rößler 2005).

3. Die Kräfteverhältnisse am Forum

»Die wichtigsten Themen für indigene Völker stimmen nicht mit den priorisierten Themen der Staaten und der UN-Organisationen überein [...] ein Beispiel dafür ist das Thema der Demarkierung von Territorien [...] Indigene Völker interessieren Themen wie Artenvielfalt oder Schutz natürlicher Ressourcen oft nicht [...] sie möchten erst ihre Gebiete demarkieren und dann sehen, was es darin gibt« (Interview Matías Alonso 19.05.2004).

Marcos Matías Alonso spricht das Problem der grundlegenden Interessensdifferenzen zwischen den drei wichtigsten Gruppen am Forum an: den Vertretern von Regierungen, UN-Organisationen und indigenen Organisationen. Auf dieser Grundlage gilt es, die Kräfteverhältnisse am Ständigen Forum für

indigene Angelegenheiten näher zu betrachten. Welche Themen werden priorisiert, und wer kann sich dabei erfolgreich einbringen?

Spezifisches Diskurswissen

Aus den Gesprächen und Beobachtungen, die ich gerade dargestellt habe, lassen sich zunächst einmal einige grundsätzliche Regeln des Feldes ableiten. An erster Stelle stehen die spezifischen Fachkenntnisse, die für eine erfolgreiche Teilnahme am Forum notwendig sind: Es ist sinnvoll zu wissen, was die OP 4.10 der Weltbank ist, zu welchen Themen UNICEF, UNIFEM, UNDP und andere UN-Einrichtungen arbeiten oder was die Millenniums-Entwicklungsziele, kurz MDGs, beinhalten. Auch erleichtern Englischkenntnisse die Kommunikation, Computerkenntnisse die spontane Umarbeitung und Anpassung der mitgebrachten Redebeiträge. Eine Guaraní-Vertreterin aus Bolivien erklärt:

»Es gibt im Forum sehr unterschiedliche Niveaus der Vorbereitung. Ich kann zum Beispiel kein Englisch sprechen und bin bisher nie mit der UNO in Berührung gekommen. Um diesen Raum wirklich nutzen zu können, bräuchte ich ein ganzes Jahr Vorbereitung. Dieser Raum ist nichts für mich. Ich kann eine gute Politikerin in meiner Gemeinde sein, aber hier nicht. Hier muss man sich vorbereiten, um gute Vorschläge zu machen und Kontakte zu knüpfen« (Gespräch Cabrera 20.05.2005).

Die Guaraní-Vertreterin wirft damit im Gegenzug aber auch indirekt die Frage auf, inwieweit die Kenntnisse der relevanten Themen des Forums wichtig für die Arbeit auf nationaler oder lokaler Ebene sind, inwieweit am Forum geknüpfte Kontakte zu einer langfristigen Zusammenarbeit führen können, inwieweit man diese in Verhandlungen mit lokalen Regierungen oder Konzernen wirklich nutzen kann. Eine Repräsentantin der CONAIE¹⁴ aus Ecuador verwies im Gespräch zum Beispiel darauf, dass sie die am Forum besprochenen Themen nur schwer in ihren heimatlichen Kontext übertragen könne (Gespräch Vargas¹⁵ 13.05.2004). Ähnlich äußerte sich die Delegierte eines nationalen Zusammenschlusses indigener Tieflandbewohner Perus (Interview Antazú 19.01.2004).

Lokalpolitiker und wenig im UN-System geschulte nationale Vertreter indigener Organisationen haben es auf Grund des geforderten Abstraktionsgra-

14 *Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador*; dt. »Konföderation indigener Nationen Ecuadors«, nationaler Zusammenschluss indigener Organisationen aus dem Tiefland, Hochland und der Küstenregion Ecuadors.

15 Wie in Kapitel I bereits ausgeführt, habe ich die Namen meiner Gesprächspartner, die anonym bleiben wollten, verändert und markiere dies durch Kursivsetzung.

des der Redebeiträge (der Einbettung lokaler Probleme in allgemeine Diskurse über Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung etc.) und vor allem auf Grund des geforderten Fachwissens über die Funktionsweise der Vereinten Nationen schwer, aktiv an den Sitzungen teilzunehmen. Die UNO ist ein hochkomplexer bürokratischer Apparat, in dem sich Neue schwer zurechtfinden. So führt auch ein unabhängiger indigener Experte der Sitzungsperioden 2002-2004 aus: »Das größte Problem in unseren Regionen, nicht nur in Lateinamerika und der Karibik, sondern auch zum Beispiel in Afrika und Asien, ist, dass nur sehr wenige Mitglieder unserer Völker oder unserer Fachleute sich im System der UNO auskennen« (Interview Choquehuanca 18.05.2003).

Selbst unter den indigenen Teilnehmern, die auf nationaler Ebene wichtige Rollen in der indigenen Bewegung spielen, ist das Interesse am Forum gering. Sie besitzen zwar das nötige Fachwissen über entwicklungspolitische Diskurse und Menschenrechtsthemen, sehen aber keinen direkten politischen Nutzen der Zusammenkünfte: »Die Regierungsvertreter, die den Sitzungen beiwohnen, haben nur geringe Verhandlungsbefugnisse. Sie nutzen diesen Raum eher zur Imagepflege« (Gespräch Antazú 17.05.2004).

So nahmen zum Beispiel Vertreter des internationalen Zusammenschlusses der indigenen Organisationen des Amazonasgebietes, COICA, weder an der Sitzung des Forums 2004 noch an der im Jahr 2005 teil. Aus Peru kam zwar eine nationale Vertreterin von AIDESEP¹⁶, aber auch sie sagte, dass sie nicht wisse, was sie über dieses Forum in ihrer Organisation berichten solle. Es sei sehr schwierig, konkrete Eindrücke, Vorschläge und Lösungen, die für die Probleme in ihrem Heimatland von Belang seien, von den Treffen mit nach Hause zu nehmen. Zudem merkte sie an, dass die Kooperation unter den indigenen Teilnehmern im Forum, wenn es zum Beispiel um die Ausarbeitung gemeinsamer Redebeiträge ginge, sich oft schwierig gestalte. Es bildeten sich schnell Gruppen, die mehr gegeneinander als miteinander arbeiteten, und es sei mühsam, Redebeiträge mit anderen zu koordinieren. Das läge vielleicht auch daran, dass es wenige allgemein anerkannte Autoritäten unter den indigenen Teilnehmern gäbe, die es verstünden, viele Leute zur Mitarbeit zu animieren (Gespräch Antazú 17.05.2004). Eine indigene Basisrepräsentantin aus dem Amazonasgebiet Ecuadors brachte dieses Dilemma wie folgt zum Ausdruck: »Wenn wir bei der UNO ankommen, werden wir vom System konsumiert. Hier geht jeder seinen eigenen Weg. Ich habe nicht das Gefühl, dass ich mit den indigenen Experten des Forums reden könnte. Sie bewegen sich auf einer anderen Ebene als ich« (Gespräch Aranda 19.05.2005).

16 AIDESEP: *Asociación Interétnica de Desarrollo de la Selva Peruana*; dt. »Inter-ethnischer Zusammenschluss für die Entwicklung des peruanischen Amazonasgebiet«.

Der Raum erweist sich als wenig übersichtlich und letztendlich zu groß für ein geschlossenes Auftreten der indigenen Gruppe. Diese ist zudem sehr heterogen in ihrer Zusammensetzung. Die individuell sehr unterschiedlichen Hintergründe, Voraussetzungen, Ziele und Vorstellungen, mit denen die Teilnehmer anreisen, führen zu Interessenvielfalt und damit zwangsläufig auch zu Interessenkonflikten.

Einbettung ins UN-System

Auch ein Blick auf die Kriterien, die indigene Organisationen wie alle anderen NGOs für die Erlangung eines Beraterstatus am ECOSOC erfüllen müssen, gibt Aufschluss über die Kräfteverhältnisse des Feldes.¹⁷ Folgendes muss gewährleistet sein:

- Die Organisation muss sich um Probleme kümmern, die in den Aufgabenbereich des ECOSOC fallen;
- ihre Ziele müssen mit UNO-Prinzipien in Einklang zu bringen sein;
- sie muss die Arbeit der UNO unterstützen und bewerben;
- sie muss auf ihrem Gebiet eine anerkannte Größe sein;
- sie muss einen Hauptsitz mit leitendem Geschäftsführer haben.

Vor allem in Bezug auf das fünfte Kriterium haben indigene Organisationen in der Vergangenheit oft Beschwerde eingelegt. Sie meinen, dass die Strukturen von NGOs nicht kompatibel seien mit ihren historischen Regierungsformen (vgl. United Nations 1996). Die Repräsentanten indigener Organisationen verstehen ihre Zusammenschlüsse als politische Vertretungsorgane von Völkern und möchten sie als solche gewürdigt wissen. Bei der Teilnehmerliste des Forums wird deshalb unterschieden zwischen »*indigenous peoples organizations*« und »*non-governmental organizations*« (vgl. u.a. United Nations 2003, 2004a). Diese Unterscheidung erweist sich jedoch in der Praxis oft als schwierig bzw. umstritten, zumindest unter südamerikanischen Teilnehmern. Sie weisen explizit auf den Unterschied zwischen politischen Organisationen mit ›Basismandat‹ und NGOs mit nicht-gewählten Fachkräften hin. Im Kontext der UNO findet diese Unterscheidung keine Berücksichtigung. Aber auch das vierte Kriterium, eine »anerkannte Größe auf ihrem Gebiet« zu sein, wirft die Frage auf, welche Beurteilungsmaßstäbe vom ECOSOC herangezogen werden.

In der Teilnehmerliste der Sitzung des Forums im Jahr 2004 erschienen dreizehn indigene Organisationen mit Beraterstatus. Demgegenüber standen 233 ohne einen derartigen Status. Aus der Beteiligung an den offiziellen Sit-

17 Für eine Analyse von zwölf der dreizehn Organisationen, die bislang einen Beraterstatus am ECOSOC besitzen, siehe Barsh (1991).

zungen und den Veranstaltungen, die in den Pausen abgehalten werden, kann man eine hervorgehobene Bedeutung von Organisationen mit Beraterstatus ablesen. So sind etwa die Vertreter des *Saami Council*, der *Comision Jurídica para el Autodesarrollo de los Pueblos Originarios Andinos*¹⁸ oder der *Tebtebba Foundation* zentrale Akteure der Sitzungen. Sie treten auch häufig in den Veranstaltungen von UN-Organisationen wie UNDP, UNIFEM etc. auf, was auf eine ganzjährige Zusammenarbeit und engere Kontakte mit diesen Einrichtungen hindeutet. Der *Metis National Council*, auch mit Beraterstatus beim ECOSOC, bot dem Forum 100.000 Dollar bei der ersten Sitzung 2002, um jedes Jahr ein Mitglied seiner Organisation zur Unterstützung ins Sekretariat des Forums schicken zu dürfen (eigene Aufzeichnungen 13.05.2003). Dieses Angebot wurde zwar mit dem Verweis auf die Rechtslage, die dies nicht zuließe, abgelehnt. Dennoch kann man daran ablesen, dass es große Unterschiede zwischen den am Forum vertretenen indigenen Organisationen gibt – vor allem bezüglich ihrer finanziellen und personellen Ausstattung. Die größeren, etablierten Organisationen kämpfen dabei untereinander um die Führung. So entbrannte 2005 im Vorfeld des Treffens ein Streit zwischen der *Tebtebba Foundation*, dem *Saami Council* und dem *Inuit Circumpolar Council* auf der einen und dem *International Indian Treaty Council* (IITC) auf der anderen Seite. Anlass war der drohende erfolglose Abschluss der Treffen der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Erklärung der Rechte indigener Völker. Während die einen eine Verlängerung des Mandats bis zur erfolgreichen Verabschiedung der Erklärung wollten, vertrat der IITC die Meinung, man solle die Treffen erst einmal suspendieren, um umfassende Beratungen mit indigenen Organisationen durchzuführen und neue Bedingungen der Verhandlungen festzulegen. Beide Parteien riefen per Internet weltweit indigene Organisationen dazu auf, sich ihrer Erklärung per Unterschrift anzuschließen. Der bereits mehrfach erwähnte Matías Alonso merkt dazu an, dass die streitenden Parteien derzeit die indigenen Entscheidungsträger auf internationaler Ebene seien. Diese Organisationen entwickelten Führungsansprüche und besäßen die nötigen Gelder und Kontakte, um diese durchzusetzen. Sie stellten die indigene Stimme im UN-Kontext dar. Gleichzeitig, so Matías Alonso weiter, fehlten aber auch viele Organisationen, die auf nationaler oder regionaler Ebene bedeutend seien, beim Treffen des Forums. Dies könne er zumindest für Lateinamerika mit Sicherheit feststellen, habe aber den Eindruck, dass diese Beobachtung auch auf andere Weltregionen übertragbar sei:

»Vielleicht ist es schön, New York oder Genf kennen zu lernen, aber wenn du nicht die Themen kennst, die behandelt werden, langweilst du dich sehr. Es gibt eine gro-

18 Dt. »Juristische Kommission für die selbstständige Entwicklung der ursprünglichen andinen Völker«, NGO mit Sitz in Peru, dessen Vorsitzender auf UN-Ebene Lobbyarbeit für indigene Rechte betreibt.

ße Distanz zwischen den in den Ländern und auf lokaler Ebene wichtigen Themen und solchen, die hier verhandelt werden« (Gespräch Matías Alonso 23.05.2005).

Dies erkläre, so Matías Alonso weiter, warum indigene Akteure, die im lokalen und nationalen Kontext in Lateinamerika eine wichtige Rolle spielten, am Forum zumeist keine bedeutende Stimme darstellten.

Themenwahl

Der offiziell bekundete politische Wunsch fast aller Gruppen, der Mitglieder des Forums, der UN-Einrichtungen, der indigenen Experten und der Neuen im Feld, ist die Lösungssuche für lokale Probleme. Gleichzeitig wird von erfahrenen indigenen Teilnehmern oft darauf verwiesen, dass das Forum nicht die gleiche Funktion habe wie die Arbeitsgruppe, in der man konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen vortragen könne. Am Forum sollten Lösungen für Entwicklungsfragen gesucht werden, indem die UN-Organisationen mit Vorschlägen versorgt würden, wie Indigene stärker in ihre Programme und Richtlinien integriert werden könnten. Vertreter der UNO sehen dies ähnlich. Die Themen des Forums sind bestimmt durch die Schwerpunktsetzung der UN-Entwicklungspolitik. Dies kann man an den Sitzungsperioden des Forums in den Jahren 2005 und 2006 ablesen – die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs).

Im September 2005 fand der *UN-Millennium + 5 Gipfel*¹⁹ statt. Im Vorfeld wollte man am Forum die Relevanz der MDGs für indigene Völker näher betrachten. Da diese bisher als Gruppe in der Millenniumserklärung der Staaten sowie ihrer Entwicklungsziele keine Erwähnung fanden, schien dem Sekretariat des Forums die Aufnahme dieses Themas besonders relevant (Gespräch Jacanamijoy 18.05.2005). Indigene Organisationen hatten bei den Diskussionen um die thematische Schwerpunktsetzung des Folgejahres bei der Forumsitzung 2004 hingegen Themen wie ›Bewaffneter Konflikt‹ und ›Politische Partizipation‹ vorgeschlagen (eigene Aufzeichnungen 20.05.2004). Die MDGs waren wohl zu diesem Zeitpunkt den wenigsten indigenen Teilnehmern des Forums bekannt. Sie wurden nicht von ihnen formuliert, und während der Sitzung des Forums 2005 äußerten sowohl neue, aber auch erfahrene Teilnehmer in Gesprächen immer wieder ihr Unverständnis darüber, wie das Thema an

19 Treffen der UN-Mitgliedsstaaten vom 14.-16. September 2005 am UN-Hauptsitz in New York, um die angestrebten Reformen der UNO sowie die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 zu diskutieren.

zentrale Stelle des Treffens gesetzt werden konnte (eigene Aufzeichnungen 16./18./20.05.2005).²⁰

Nun scheint es darum zu gehen, die Forderungen indigener Organisationen in diesen bestehenden Ansatz einzupassen. Es ist davon auszugehen, dass bei diesem Bestreben vor allem auch der umgekehrte Prozess angeschoben werden soll: die MDGs der UNO unter den indigenen Teilnehmern bekannt zu machen. Dadurch sollen global erarbeitete Themen auf lokale Ebene übertragen werden. Im Gegenzug ist es jedoch fraglich, welche Rolle der ECOSOC, und damit indirekt das Ständige Forum für indigene Angelegenheiten als Sprachrohr indigener Interessen innerhalb der UNO, bei der Umsetzung von entwicklungspolitischen Zielsetzungen spielt. Wie bereits ausgeführt, bekam der Wirtschafts- und Sozialrat keinerlei Durchsetzungsbefugnisse und spielt gegenüber Weltbank und IWF eine untergeordnete Rolle im internationalen Machtgefüge. Seine Stellung sollte zwar im Rahmen allgemeiner Reformpläne der UNO aufgewertet werden, jedoch erweist sich der Prozess als langsam und von divergierenden Interessen der UN-Mitgliedsstaaten geprägt (vgl. Kapitel III.2).

Verbindungen zur lokalen Ebene

Erfahrene Teilnehmer und Neulinge sind sich vor allem darin einig, dass die Verbindung zwischen lokaler und globaler Ebene bisher am Forum nicht hinreichend verwirklicht wurde. So sagt zum Beispiel die Vorsitzende des Forums:

»The foundation for building constructive dialogues between indigenous peoples, governments and inter-governmental bodies has been set within the Permanent Forum. What is needed at this point is to ensure that the gains achieved in this Forum are felt by the indigenous peoples in their communities« (Rede Tauli-Corpuz 16.05.2005; zitiert aus eigene Aufzeichnungen 16.05.2005).²¹

Dennoch ermahnte sie als Sitzungsleiterin die indigenen Redner immer wieder dazu, nicht ihre lokalen Probleme vorzutragen, sondern diese auch für einen globalen Kontext relevant zu machen und daraus konkrete Vorschläge an UN-Organisationen abzuleiten. Eine indigene Repräsentantin aus Bolivien brachte das schwierige Verhältnis zwischen lokalem Bezug und globaler Lösungssuche wie folgt zum Ausdruck:

20 Vgl. hierzu auch Kapitel IV.2, in dem sich verschiedene indigene Akteure kritisch mit dem Begriff der Armut und der Wahl des MDG Ziels der Armutsreduzierung bis 2015 als zentrales Thema des Treffens auseinandersetzen.

21 Die Rede ist in schriftlicher Form online zugänglich unter: http://www.docip.org/pfii/2005/pfii4_D.pdf

»Ich weiß sehr wenig vom Forum. Man sagt, es sei ein Forum für indigene Fragen, aber wir nehmen gar nicht an der Ausarbeitung der Themen und Regeln teil. Das Programm ist schon fertig, man kann es nicht mehr ändern. Ich wollte mit einem Redebeitrag teilnehmen und habe mich in die Sprecherliste eingetragen, habe dabei aber vergessen dazuzuschreiben, dass es ein kollektiver Redebeitrag ist. Da diese aber bevorzugt werden, bin ich nicht mehr an die Reihe gekommen« (Gespräch Cabrera 20.05.2005).

Ein weiteres Problem ist die räumliche Distanz zwischen dem Forum und den Orten, an denen indigene Forderungen umgesetzt werden sollen. Die Kontrolle der Adressaten dieser Forderungen erweist sich als kaum durchführbar, da letztendlich die direkte verpflichtende Zuweisung der Zuständigkeit fehlt. Eine Gruppe, die ihre politischen Forderungen am Forum stellt, kann zwar Regierungen und UN-Einrichtungen zum Handeln auffordern, doch keiner ist letztendlich verpflichtet, diesen Aufforderungen nachzukommen. Das liegt zum einen daran, dass das Mandat des Forums nur darin besteht, Empfehlungen auszusprechen. Zum anderen übersteigt die Fülle der Forderungen und Empfehlungen die Kapazitäten des Forums. So wurde 2004 und 2005 verstärkt von Mitgliedern des Forums darauf hingewiesen, dass das Forum Gefahr laufe, sich in eine »Produktionsmaschine für Forderungen« (Interview Matías Alonso 19.05.2004) zu verwandeln. Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang zum Beispiel die Ausführungen des Vertreters der CEPAL, der auf Nachfrage von indigener Seite hin erläuterte, dass es in seiner Institution kein Mandat zur Überwachung der MDGs in Bezug auf indigene Völker gäbe. Jedoch gäbe es einzelne Mitarbeiter, die sich mit diesem Thema auseinandersetzten (eigene Aufzeichnungen 17.05.2005).

4. Repräsentation, Authentizität und Autorität

Auf einer Informationsveranstaltung des *UN Voluntary Fund for Indigenous Populations*²² im Rahmen des Treffens der Arbeitsgruppe indigene Völker 2004 in Genf wurden die Kriterien erläutert, die indigene Repräsentanten erfüllen müssen, um sich für ein Stipendium für die Teilnahme an den Treffen der Arbeitsgruppe oder des Forums bewerben zu können. Der Kandidat muss:

- eine der offiziellen UN-Sprachen beherrschen;

22 1985 richtete die UN-Generalversammlung den *UN Voluntary Fund for Indigenous Populations* ein, der seit 1987 Vertretern indigener Organisationen die Teilnahme an den Sitzungen der Arbeitsgruppe und – seit 2002 – auch an den Sitzungen des Forums finanziert. Der Fond speist sich aus freiwilligen Beiträgen von Regierungen, NGOs und anderen privaten und öffentlichen Institutionen und wird vom Generalsekretariat verwaltet (Dreher 1995: 39).

- eine indigene Organisation vertreten;
- eine ›indigene Person sein‹ (eigene Aufzeichnungen 20.06.2004).²³

An der Veranstaltung teilnehmende Vertreter indigener Organisationen waren vor allem interessiert an Auskünften dazu, wie von Seiten der UNO gegen ›falsche Indigene‹ vorgegangen würde. Die Mitarbeiterin erläuterte, dass Organisationen bzw. lokale Gemeinden vorher und schriftlich über diejenigen berichten müssten, die sie nicht für indigen hielten. Das Sekretariat sei sehr interessiert an entsprechenden Informationen, könne aber nur mit schriftlichen Beweismitteln in Aktion treten. Am besten sei es, wenn das Dokument von einer Reihe von lokalen Gemeinden unterschrieben würde (eigene Aufzeichnungen 20.06.2004).

Ein Mapuche, der seit den ersten UN-Konferenzen die Entwicklungen in diesem Kontext verfolgt, gibt diesbezüglich zu bedenken: »Der *Voluntary Fund for Indigenous Populations* wird von Nicht-Indigenen geleitet. Es gibt jedes Jahr Tausende von Anträgen, aber die Auswahlkriterien sind nicht transparent« (Gespräch Cayuqueo 24.05.2005).

Beim Problem der Repräsentation, das ich als grundlegendes im politischen Feld bezeichnet habe (vgl. Kapitel II.5), können im Falle der indigenen Bewegungen zunächst einmal zwei zentrale Aspekte unterschieden werden:

- es geht um die Frage, wer wen repräsentiert, wer mit wem zusammenarbeitet und wie diese Dimension der Repräsentation innerhalb und außerhalb der Bewegungen diskutiert wird;
- es geht um die Art und Weise, wie lokale Gemeinschaften oder indigene Organisationen ihre Kultur gegenüber dem Staat, den Medien, Entwicklungsorganisationen und internationalen Instanzen darstellen (Warren und Jackson 2003: 12).

Unter den Teilnehmern am Forum herrscht nicht immer Einigkeit in Bezug auf die Frage, wie ›indigene Kulturen‹ gegenüber Außenstehenden darzustellen seien. Vor allem entstehen jedoch Konflikte um die Frage, wer wen mit welcher politischen Legitimation vertritt. Einige Vertreter indigener Organisationen beziehen ihre Legitimation aus periodisch stattfindenden Wahlen, andere leiten Verbände, ohne sich einem Votum der ›Basis‹ stellen zu müssen. Im Folgenden geht es mir um eine nähere Betrachtung der beiden genannten Aspekte von Repräsentation, wobei deutlich wird, dass sie in der Praxis dazu tendieren, ineinander zu greifen.

23 Die Formulare des *Voluntary Fund for Indigenous Populations* für Stipendienanträge sind online zugänglich unter: http://www.docip.org/anglais/news_en/news_en.html [21.05.2005]

Kontrolle der Repräsentanten durch die Repräsentierten

Das Ständige Forum für indigene Angelegenheiten liegt in großer räumlicher Distanz zu den Herkunftsregionen der Teilnehmer. Gerade dieser Tatbestand sorgt für interne Spannungen innerhalb der Gruppe indigener Teilnehmer. Eine Shuar-Vertreterin aus Ecuador meint:

»Bevor ich hier ankam, glaubte ich, dass das Forum wie jedes andere Treffen sei, auf dem man sprechen kann und gemeinsam Lösungen sucht. Aber so ist das nicht. Hier sprechen nur Leute, die Schlüsselpositionen auf nationaler und internationaler Ebene innehaben. Die reden von anderen Dingen als ich. Ich kann nicht sprechen wie ich will, ich bin hier nur als Beobachterin« (Gespräch Tsawant 20.05.2003).

Vor allem das Fehlen einer ›gemeinsamen Sprache‹ zwischen erfahrenen und unerfahrenen Teilnehmern des Forums führt zu Misstrauen und dem Gefühl des Ausschlusses von Seiten der Neulinge im Feld. Repräsentanten, die eine hervorgehobene Rolle am Forum spielen, geraten bei ihnen sehr schnell in den Verdacht, sich von ihrer Basis entfernt zu haben und eine personalisierte Politik zu betreiben. So werden indigene Experten, die zum Beispiel die Einführungsseminare für neue Teilnehmer leiten, von den anwesenden Neulingen meist als eine eigene soziale Klasse wahrgenommen. Ihr UN-spezifisches Fachwissen wird als kulturelles Kapital interpretiert, das Ihnen Zugang zu privilegierten Beziehungen mit UN-Einrichtungen und damit auch zu Finanzquellen verschafft. Dieses institutionalisierte kulturelle Kapital, das sich an ›westlichen‹ Standards orientiert, lässt sich in ökonomisches, soziales und letztendlich symbolisches Kapital verwandeln. Gerade indigene Experten werden deshalb oft beschuldigt, keine echten Vertreter zu sein, sondern sich auf Kosten lokaler Gemeinden persönliche Vorteile zu verschaffen. Sie würden sich nicht solidarisch gegenüber ihren ›indigenen Brüdern und Schwestern‹ verhalten und damit ihren eigenen Diskurs vom moralisch überlegenen Sozialverhalten Indigener ad absurdum führen – so ein oft geäußelter Kommentar meiner Gesprächspartner. Vertreter von sogenannten ›Basisorganisationen‹, Zusammenschlüsse, die ihre Repräsentanten durch Wahl bestimmen und regelmäßig bestätigen bzw. auswechseln, verweisen besonders häufig auf den zweifelhaften Status vieler Indigenen-Vertreter im UN-Kontext:

»Ich kenne zum Beispiel Leute aus Brasilien, die angegeben haben, einem bestimmten Volk anzugehören, aber das stimmte nicht. Ein anderes Mal, bei einer Sitzung [des Forums] war da jemand aus Peru, der sagte, er nehme im Namen einer bestimmten Organisation teil, aber das stimmte nicht. [...] Es ist ein offener Raum für alle, in dem jeder seine Meinung sagen darf [...] Aber es ist so: Es ist nicht klar, wer von den Teilnehmern wirklich eine Organisation oder ein Volk repräsentiert. Man muss bei der UNO keine Beweise erbringen« (Interview Manchineri 24.10.2003).

Misstrauensäußerungen bezüglich der Repräsentationsbefugnis eines indigenen Vertreters können mit Bourdieu (2001: 93ff.) als Versuch interpretiert werden, den jeweiligen Personen den Zugang zu einer zentralen Ressource im politischen Feld zu entziehen: dem Delegationskapital. Die Umwandlung sozialen, ökonomischen und institutionalisierten kulturellen Kapitals in symbolisches Kapital soll auf diese Art und Weise verhindert werden (vgl. Kapitel II.5).

Auch ein Repräsentant des nationalen Zusammenschlusses indigener Organisationen des brasilianischen Amazonasgebietes verwies im Gespräch darauf, dass ein Problem der indigenen Bewegungen, gerade auch im internationalen Kontext, die mangelnde Repräsentativität vieler Vertreter sei. Er erzählte in diesem Zusammenhang von einer Initiative aus Brasilien, die diesem Legitimationsmangel Abhilfe verschaffen wollte. Dort würde seine Organisation ein Projekt mit der Ford-Stiftung ausarbeiten, um den Status ›indigener Diplomat‹ zu institutionalisieren: Diesen erhielten Indigene, die in Englisch und Spanisch ausgebildet würden und einen offiziellen Ausweis als Diplomaten bekämen (Gespräch *Ceto* 19.05.2005). Damit wird das Problem der ›Authentifizierung‹ der Repräsentativität aber auch als eines verstanden, das man mit offiziellen Dokumenten lösen kann. Indigene Diplomatenschulen lassen sich als Teil eines Ausschluss- und Trennungsmechanismus lesen, der einsetzt, sobald sich eine Gruppe im politischen Feld nationalstaatlicher Prägung etabliert hat. Das Beitrittsrecht zum politischen Feld wurde somit bislang von Seiten indigener Akteure nur teilweise reformiert. Viele Repräsentanten indigener Organisationen scheinen indess bestrebt, staatlich geprägte Vorstellungen von Legitimität politischer Interessenvertretung zu übernehmen.

Die Kontrolle, wer rechtmäßig im Namen welcher Gruppe spricht, ist dennoch am Forum schwer zu gewährleisten. Die UNO ist in dem Sinne ein doppelt abgetrennter Mikrokosmos – zum einen durch die interne Differenzierung in Experten und Lokalpolitiker, bei der zwischen ersteren und letzteren ein ähnliches Verhältnis wie zwischen Professionellen und Laien herrscht (vgl. Kapitel II.5); zum anderen durch die räumliche Loslösung von den jeweiligen Heimatregionen, welche die an der UNO handelnden Repräsentanten von sozialer Kontrolle weitestgehend abkoppeln. Die offensichtliche Folgenlosigkeit der Kampagne gegen den Aymara während der Sitzung des Forums im Jahr 2004 belegt dies (vgl. Kapitel V.2).

Relevante ›Indigenitäts-Marker‹ für die Außendarstellung

Entgegen der weiter oben zitierten Auffassung von Manchineri, im UN-Kontext seien keine Beweise für die eigene Repräsentativität von Seiten indigener Teilnehmer zu erbringen, bin ich der Meinung, dass dennoch auch dort ›Indigen-Sein‹ beständig nachgewiesen werden muss. Dabei werden jedoch

kontextbedingt andere Kriterien relevant. Im Zusammentreffen mit außerhalb der Gemeinschaft Stehenden erreicht man Authentizität durch Symbole wie Grußworte in der eigenen Sprache, Kleidung, Tänze etc., während innerhalb der eigenen Gruppe andere Legitimationskriterien gelten. Im Falle indigener Repräsentanten des Amazonasgebietes zum Beispiel wird die Legitimität Einzelner unter anderem daran gemessen, was sie für ihre Verwandtschaft bzw. ihre jeweilige Unterstützergruppe leisten. Fassbare Beweise, wie Entwicklungsprojekte, Landtitulierungsurkunden etc. sind zu erbringen. In beiden Fällen jedoch, sowohl in der Interaktion mit Regierungsvertretern oder Mitarbeitern von UN-Einrichtungen als auch beim Auftritt vor der eigenen Gruppe, entsteht Authentizität und Autorität in der Interaktion. Authentizität und Autorität müssen dem, der sie beansprucht, von anderen attestiert werden. Eine wichtige Grundlage hierfür ist, dass man für die jeweilige Zielgruppe ›verständlich‹ redet, das heißt ihre Erwartungen erfüllt. Entscheidend sind somit die jeweils sozial anerkannten Kriterien, die zur Beurteilung von Authentizität herangezogen werden.

Seit den Anfängen ihrer Präsenz bei der UNO haben sich die meisten indigenen Teilnehmer gegen eine eindeutige Definition von Indigenität gewehrt. Damit wollten sie einer Festlegung von Seiten der Regierungen entgegenwirken und einer möglichst großen Zahl von Personen die Identifizierung mit dieser Kategorie ermöglichen. Welche Marker der Indigenität spielen im internationalen Kontext eine Rolle?

Auf internationaler Ebene soll politische Unterstützung von Entwicklungsinstitutionen, NGOs oder UN-Einrichtungen mobilisiert werden. Dafür müssen Probleme und Forderungen zwangsläufig in Englisch, Spanisch oder Französisch vermittelt werden. Jackson (2003) und Graham (2003) sehen indigene Sprachen dennoch als wichtigstes Definitionskriterium für ›authentische Indigenität‹, auch wenn gerade der Gebrauch dieser Sprachen die primäre Kommunikation mit den Adressaten der Botschaft erschwert. Beim Gebrauch der eigenen Sprache ist die übermittelte symbolische Botschaft das zentrale Element: ›Ich bin ein authentischer Indigener‹. Denn: Je besser die Akteure indigener Bewegungen mit den ›Kolonialsprachen‹ umgehen können, desto eher laufen sie ironischerweise im Umgang mit Regierungsvertretern und Unterstützern Gefahr, ihren Status als ›authentische‹ Repräsentanten zu verlieren.²⁴ Gleichzeitig ist die Beherrschung des internationalen Vokabulars

24 Vgl. hierzu die Kontroverse um den Yanomami-Sprecher Davi Kopenawa, dessen Glaubwürdigkeit von Chagnon (1992a, 1992b) auch auf Grund seiner guten Kenntnisse des Spanischen angezweifelt wurde. Graham (2003: 184) sieht in diesem Vorwurf westliche Vorstellungen von einer engen Verbindung zwischen Sprache und Identität verkörpert. Sie verweist in ihrem Aufsatz auf die politischen Implikationen, welche die Wahl der Sprache für Vertreter indigener Bewegungen haben.

aber Voraussetzung für erfolgreiche politische Arbeit. Hieraus ergibt sich ein grundlegender Konflikt für die Vertreter, den sie auf unterschiedliche Art und Weise lösen: In internationalen Foren werden Kleidung, Grußworte, Tänze, Gesänge und Rituale zum Ausdruck der ›authentischen‹ Verbindung mit der Kultur, die man repräsentieren möchte. So kleideten sich zum Beispiel die Maasai in den von mir besuchten Sitzungen des Forums regelmäßig und über die gesamte Tagungszeit hinweg in ihre ›traditionellen Gewänder‹. Sie traten ferner jedes Jahr am zweiten Tag der Konferenz bei einer offiziellen Eröffnungsfeier mit anschließendem Empfang auf. Zu diesem leisteten verschiedene Gruppen Beiträge in Form von Tänzen, Gesängen und Ansprachen. Meist waren Auftritte nordamerikanischer Indianergruppen, von Maori sowie Maasai fester Bestandteil dieses Ereignisses. Dass durch den Einsatz dieser Elemente im Rahmen der UNO erfolgreich Autorität zu erlangen ist, verdeutlicht folgendes Zitat aus einem Aufsatz des Direktors von IWGIA, der die Erfolge der transnationalen panindigenen Bewegung im Kontext der UNO analysiert:

»Most conspicuous is the traditional dress worn by many indigenous representatives, and which so strikingly sets indigenous meetings apart from all other UN meetings. Indigenous people have thus been able to bring their culture into the UN, and most remarkably, to change the meeting agenda. When indigenous peoples first asked for permission to open the WGIP²⁵ meetings with a prayer, it was strongly opposed by the chair [...] Today these ceremonies are not only accepted but also appreciated by most government representatives. In these matters, indigenous peoples have managed to get government representatives on their side and have them respect their cultures and traditions« (Dahl 2004: 11f.).

Akte der Theatralisierung, mit denen Gruppen sich zur Schau stellen, gelten nach Bourdieu (2001) als elementare Form, mit der man Teilungsprinzipien in einem Feld objektiviert und manifestiert. Folkloristische Auftritte, die ›Differenzen‹ sichtbar machen, sind deshalb von fundamentaler Bedeutung im Umgang mit Regierungen und Einrichtungen der UNO. Dies wurde deutlich am Kommentar des UNDP-Mitarbeiters, der betonte, die ›Buntheit‹ des Forums (sowohl in Bezug auf die Kleidungsordnung als auch in Bezug auf den hohen Anteil weiblicher Teilnehmer) würde besser als jedes andere UN-Treffen den Sinn dieser internationalen Instanz verdeutlichen (vgl. Kapitel V.2). In diesem Zusammenhang fällt auf, dass Frauen besonders oft durch ihre ›traditionelle Kleidung‹ hervorstechen. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass sie die Rolle der ›authentischen Indigenen‹ besonders überzeugend verkörpern können: Frauen wird auf Grund ihrer Rolle als Mütter oftmals eine zentrale Funktion

25 WGIP: *Working Group on Indigenous Populations*; die englische Abkürzung für die Arbeitsgruppe indigene Völker.

für den Erhalt ›indigener Traditionen‹ zugewiesen. Dies belegen zum Beispiel Studien der Maya-Bewegung in Guatemala (vgl. Rößler 2004).

Gruppeninterne Markierung von ›Indigenität‹

Untereinander ziehen die indigenen Teilnehmer jedoch auch im internationalen Kontext teilweise andere Kriterien zur Klärung heran, ob jemand authentisch erscheint. So betonten einige indigene Repräsentanten in ihren Ansprachen vor der UNO, dass Indigen-Sein auf ›tieferliegenden‹ Werten beruhe: »Being indigenous is not just dressing in colourful clothes on weekend or special events but it's in the depth of the soul« (eigene Aufzeichnungen 14.05.2003). Überzeugungen, Werte, ein bestimmtes Verhalten charakterisieren nach Meinung dieses Sprechers ›Indigen-Sein‹. Unter den indigenen Teilnehmern wird sogar oftmals den ›traditionell Bekleideten‹ das größte Misstrauen entgegengebracht – allerdings nur, wenn diese gleichzeitig mit dem UN-Fachvokabular besonders professionell umgehen können und aus der Heimatregion stammen, so dass es leichter wird, ihr Auftreten aus der eigenen Erfahrung heraus zu beurteilen. Den entsprechenden Personen wird vorgeworfen, sich zu ›verkleiden‹. Auf diese Einschätzung traf ich immer wieder unter Teilnehmern aus Lateinamerika. So erklärt die bereits erwähnte Guarani-Vertreterin aus Bolivien:

»Es gibt hier Repräsentanten, die ihre traditionellen Kleider im Koffer tragen. Sie verkleiden sich damit. Als ich in Genf beim Arbeitsgruppentreffen ankam, fragte mich eine Teilnehmerin: Warum tragen Sie nicht ihre traditionelle Kleidung? Ich verstand ihre Frage nicht. Ich würde doch meine Großeltern beleidigen. In meiner Gemeinde laufe ich genauso wenig in diesen Kleidern herum. Wenn ich es eines Tages machen sollte, dann werde ich sie auch anbehalten« (Gespräch Cabrera 20.05.2005).

Ein anderer Teilnehmer verweist darauf, dass traditionelle Kleidung eine Folklorisierung der eigenen Kultur darstelle: »Wir müssen die Konzepte verändern. Viele Ethnologen zum Beispiel sehen Indigene nur als Folklore-Objekte, der Indio ist der, der ohne Schuhe in seiner typischen Kleidung geht« (Gespräch Orozco 14.05.2003).

Demgegenüber steht jedoch die positive Aufmerksamkeit, die manchen Neulingen am Forum gezollt wird, wenn sie in ›traditioneller Kleidung‹ erscheinen. 2003 traten zum Beispiel zwei Yanomami aus Brasilien mit Federschmuck und Bemalung auf. Sie wurden begleitet von der Vertreterin einer europäischen NGO und besuchten das Forum zum ersten Mal. Ihr Redebeitrag wurde mit viel Interesse verfolgt, und einige Teilnehmer eilten herbei, um ein Foto von ihnen zu machen. Hierbei waren es vor allem Repräsentanten

aus Afrika, Asien und Nordamerika sowie NGO-Vertreter, die den Auftritt der Yanomami bildlich festhielten.

Mit Friedman kann man die internen Auseinandersetzungen um Authentizität und Repräsentation als Bestätigung bzw. Hinterfragung ›existentieller Authentizität‹ (Friedman 1993: 761) lesen. Für denjenigen, der eine kulturelle Identität schafft, ist ›Authentizität‹ eine grundlegende Frage der praktischen Beziehung zwischen dem Subjekt und der repräsentierten Gemeinschaft:

»Authenticity in this case refers to the state of integrity of the members of an identifying group. Inauthenticity would thus consist in the relative alienation from the cultural model, a lack of engagement, a social distance with respect to the values and categories embodied in a tradition or program of action« (Friedman 1993: 761).

Geteilte Erfahrungen bestimmen den Erfolg und die Resonanz von Realitätsmodellen der sie Praktizierenden. Doch die Erfahrungshorizonte der am Forum teilnehmenden indigenen Vertreter erweisen sich als sehr unterschiedlich. Die immer wiederkehrenden internen Auseinandersetzungen um die Repräsentativität exponierter Stimmen verdeutlichen, dass Diskurs und Praxis an einem Ort wie dem Forum in einem besonders schwierigen Verhältnis zueinander stehen. Es gibt keine unmittelbaren Prüfmöglichkeiten, um das Gesprochene und die Handlung, Repräsentation und Repräsentiertes, miteinander abzugleichen. Vor allem die räumliche Distanz macht dies unmöglich, aber auch die Strukturen des Raumes, in dem repräsentiert wird – in diesem Fall die UNO: Das Forum garantiert demjenigen Erfolg, der überzeugend Sprechen und Versprechen kann – jedoch nicht gegenüber einer ›heimatlichen Wählerschaft‹, sondern im Umgang mit NGOs und UN-Einrichtungen. Der Referenzrahmen wird durch die Erfahrungen und Erwartungen der Vertreter dieser Institutionen gesetzt. Sie stützen sich in der Beurteilung der Glaubwürdigkeit eines indigenen Vertreters auf Kriterien, die in dem institutionellen Rahmen entwickelt wurden, in den sie eingebettet sind bzw. die ihrem persönlichen Erfahrungshorizont, Vorstellungen und Erwartungen entsprechen.

Fazit: Politische Relevanz von Authentizität für Indigenen-Vertreter am Forum

Im politischen Feld erweist sich die Legitimation des eigenen Delegationskapitals als zentrales Element im Kampf um politische Macht. Dabei wird die Authentizität eines Repräsentanten auch angezweifelt, um den politischen Gegner bzw. Konkurrenten zu disqualifizieren. Gelingt die ›Rufschädigung‹, läuft der entsprechende Repräsentant Gefahr, sein symbolisches Kapital einzubüßen, ist dieses doch Prestigekapital, das heißt, an seinen Bekanntheitsgrad gebunden. Gleichzeitig beruht es auf Vertrauen. Deshalb sind Politiker

besonders anfällig für Verdächtigungen und Verleumdungen – und dies umso mehr, je weniger sie ihr Kapital der Delegation verdanken. Nur durch ständige Arbeit kann im politischen Feld relevantes Kapital bewahrt werden (vgl. Bourdieu 2001; vgl. auch Kapitel II.5). Das Prestigekapital indigener Politiker ist somit beständig gefährdet: Während Außenstehende misstrauisch werden können, wenn Indigene sich zu gut mit dem ›westlichen‹ politischen System auskennen, kann im Gegenzug die Autorität in der eigenen Gruppe unter anderem durch zu große Anerkennung von außen in Gefahr geraten. Dem Ayмара, der sich während der Sitzungsperiode 2004 den Angriffen auf sein Prestigekapital ausgesetzt sah (vgl. Kapitel V.2), scheint es dennoch gelungen zu sein, seine Beziehungen im UN-Kontext weiter auszubauen und darüber seine Position wieder zu festigen. Dies lässt darauf schließen, dass im Umgang mit Vertretern von UN-Organisationen weniger Authentizität im Sinne einer engen Verbindung zu Realitätsmodellen und Erwartungen der repräsentierten Gruppe eine Rolle spielt, als die Beherrschung des in diesem Raum notwendigen, fachspezifischen Wissens. Auch die Spezialisierung auf ein bestimmtes Themenfeld – zum Beispiel Biodiversität, Genderfragen oder Rechtsverträge – hilft bei der Etablierung im Feld. In jedem Fall muss man sein Expertenwissen unter Beweis stellen, um als Gesprächspartner für UN-Einrichtungen und Regierungen an Bedeutung zu gewinnen. Diese überragende Bedeutung fachspezifischen Wissens für eine erfolgreiche Teilnahme an UNO-Sitzungen tritt unter anderem auch dann zu Tage, wenn man sich das wichtigste Auswahlkriterium für die Mitglieder des Forums verdeutlicht: die (entwicklungs-) politische Erfahrung des Bewerbers auf nationaler und internationaler Ebene. Die Lebensläufe der Mitglieder des Forums belegen dies eindrücklich.²⁶

Prestigekapital bei der UNO ist demnach weniger abhängig vom Bekanntheitsgrad innerhalb der eigenen Gruppe. Es erlangt in dieser Hinsicht eine größere Autonomie als auf lokaler Ebene. Der Raum ist geografisch so weit von den Heimatregionen der Teilnehmer entkoppelt, dass die eigene Gesetzmäßigkeit des Feldes greift. Hier manifestiert sich, was Bourdieu in seiner Studie des politischen Feldes beschreibt: »Je mehr sich ein politischer Raum verselbstständigt, desto mehr entwickelt er eine eigene Logik, desto mehr tendiert er dazu, nach den dem Feld inhärenten Interessen zu funktionieren, und desto größer wird der Bruch mit den Laien« (Bourdieu 2001: 47).

26 Vgl. hierzu die Lebensläufe der Forumsmitglieder, zugänglich unter: <http://www.un.org/esa/socdev/unpfii/en/members.html>. [10.11.2005]

5. Motivationen zur Teilnahme am Forum

Die Motivationen indigener Teilnehmer, zu den Treffen des Forums zu reisen, können sehr unterschiedlich sein. Teilweise stehen explizit persönliche Interessen im Vordergrund, auch die politischen Zielsetzungen variieren stark. Man kann dennoch vier idealtypische indigene Besucher des Forums mit jeweils eigenen zentralen Teilnahmegründen unterscheiden. Diese Kategorisierungen erscheinen mir wichtig, um im Folgenden die Konfliktlinien innerhalb der Gruppe indigener Teilnehmer im Detail fokussieren zu können. Es lassen sich unterscheiden:

- Indigene Experten
- International erfahrene indigene Politiker
- Indigene Lokalpolitiker
- Indigene ›Privatpersonen‹

1. Indigene Experten

Die indigenen Experten, viele von ihnen Juristen, bewegen sich zumeist seit vielen Jahren im UN-Kontext. Sie sind eine Art ›Diplomatenzunft‹ und verstehen sich auch selbst als solche. Ihre Kontakte zur Basis in den Heimatländern sind eher sporadischer Natur, oft spielen sie im Kontext der nationalen indigenen Bewegung, zumindest im Falle Perus, kaum eine Rolle. Sie werden in ihrer Heimat deshalb manchmal als ›Trittbrettfahrer‹ bewertet, die sich »auf Kosten der Indigenen« international einen Namen machen würden. Friedman bezeichnet sie als »neue Elite innerhalb der globalen Sphäre«, die aber von den wirklich Mächtigen und deren Geldern abhängen: »They may have global spheres of their own, like the World Council of Indigenous Peoples (WCIP) and they sometimes mingle with higher ranked elites, but they are primarily local clients in the global mesh of neo-feudal dependencies« (Friedman 1999: 13).²⁷

Doch bestehen auch in diesem Feld der ›globalen Elite‹ Unterschiede. Zum einen gibt es diejenigen, die flexibel einsetzbares Fachwissen mitbringen, in diesem Zusammenhang vor allem die Juristen. Zum anderen jene, die sich durch ihre politischen Aktivitäten innerhalb der internationalen Bewegung etabliert haben und nicht immer ein Universitätsdiplom besitzen. Während die ausgebildeten Fachkräfte Arbeit finden können in UN-Organisationen, sind nicht formal ausgebildete politische Aktivisten stärker abhängig vom Mandat in einer indigenen Organisation und ihren nicht-indigenen Unterstützern. Aber, je stärker das Thema ›indigene Völker‹ im UN-System

27 Dies erinnert an die Gegenüberstellung von Kosmopoliten und lokalen Eliten bei Robert Merton (1957): Während Kosmopoliten aufgrund ihres Wissens an jedem Ort zur Elite gehören können, sind lokale Eliten von ihren Beziehungen zu mächtigeren Partnern abhängig (Hannerz 1996: 102; 108).

verankert wird, je mehr Stellen für indigene Angestellte geschaffen werden, desto stärker spezialisiert und normiert sich auch der indigene Aktivismus: Fachwissen zu biologischer Vielfalt, zu indigenen Rechten, Ressourcennutzung, Bildung, Kommunikation etc. wird relevant. Zu jedem dieser Themen existieren wichtige Studien, Positionspapiere und die entsprechenden Experten. Für die weitere Entwicklung in diesem Feld lässt sich daraus ablesen, dass Fachwissen immer mehr an Bedeutung gewinnt und sich »nicht-diplomierter« Organisationsvertreter einem stärker werdenden Konkurrenzdruck von Seiten ihrer diplomierten Mitstreiter ausgesetzt fühlen. Diese Entwicklungen sind in Peru auch im nationalen Kontext zu beobachten.

2. International erfahrene indigene Politiker

Eine zweite Kategorie von Teilnehmern sind die Vertreter großer nationaler oder internationaler Organisationen. Sie haben oftmals ein zeitlich beschränktes politisches Mandat der Zusammenschlüsse, die sie repräsentieren, und nehmen deshalb meist nicht über längere Jahre am Treffen des Forums teil. Diese indigenen Politiker nutzen die Sitzung, um bestehende Kontakte mit Organisationsvertretern aus anderen Ländern – zumeist aus ihrer Heimatregion – aufzufrischen. Auch sie sind oftmals Spezialisten für bestimmte Themengebiete, dabei aber häufig keine Studierenden mit Diplom. Sie haben keinen festen Platz im UN-Kontext und nehmen nur gelegentlich an UN-Seminaren und Konferenzen teil. Oft legen sie eine skeptische Haltung an den Tag in Bezug auf den Nutzen der UN-Mechanismen für ihre Arbeit im nationalen Kontext. Das UNO-Treffen hat für sie keine herausgehobene Bedeutung unter den zahlreichen, von ihnen besuchten internationalen Tagungen. Eine intensive Vorbereitung im Vorfeld findet oft aus Zeitmangel nicht statt. Diese Einstellung trat in Gesprächen mit lateinamerikanischen Repräsentanten zutage. Sie scheint mir aber auch auf andere Weltregionen übertragbar, sofern es sich um Organisationen handelt, deren Vorstand durch Wahlen regelmäßig erneuert wird.

3. Indigene Lokalpolitiker

Die dritte Kategorie besteht aus lokalen Vertretern von Basisorganisationen. Sie suchen nach Geldgebern für Projekte und sehen die UNO diesbezüglich als »Kontaktbörse«. So kam es oft vor, dass man mich ansprach, um zu erfahren, wie man mit Vertretern großer Entwicklungsorganisationen in Kontakt kommen könne. Oder aber man holte die Visitenkarten von Mitarbeitern der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), der Interamerikanischen Entwicklungsbank oder von UN-Sonderorganisationen hervor und wählte diese als »Eintrittskarte«, um auf nationaler Ebene leichter mit entsprechenden Stellen Kontakt aufnehmen zu können. Zwei langjährige Mitarbeiter einer großen europäischen Unterstützer-NGO waren der Meinung, die

Neuen im Feld könne man daran erkennen, dass sie Projektanträge in der Tasche trügen. Zudem seien die Reisespesen und das mit einer Reise nach Genf oder New York verbundene Prestige in der Heimat sehr wichtige Teilnahme-gründe. Sie erzählten das Beispiel eines Repräsentanten, der das Faxgerät seiner Organisation bei sich zu Hause installiert hätte, um als Erster und ausschließlich über eingehende Einladungen informiert zu sein (eigene Aufzeichnungen 22.05.2005). Eine Repräsentantin aus Peru berichtete, dass sie alle Unterstützer-Organisationen immer bitte, ihr relevante Informationen noch einmal persönlich zukommen zu lassen, da sie sonst an verschiedenen Stellen in der Organisation ›hängenblieben‹ (eigene Aufzeichnungen 23.05.2005). Die Kontakte zu Finanzinstitutionen und Unterstützer-Organisationen sind eine heiß umkämpfte Ressource, die man höchstens mit den engsten Verbündeten teilt. Die Suche nach Geldgebern ist für Vertreter großer nationaler Organisationen als Teilnahmegrund am Forum eher zweitrangig, da sie zumeist bereits über solide Kontakte verfügen. Sie vermuten bei der UNO eine Schar von ›Bauernfängern‹, westliche NGOs, die an den Treffen teilnehmen, um zu erfahren, welche Projekte zur Zeit förderungswürdig seien. Dann würden sie sich indigenen Organisationen nähern und diesbezügliche Vorschläge äußern. Die Projektsummen seien meist geringfügig und zielten eher darauf ab, die NGO am Leben zu halten als Indigenen zu helfen (Interview Manchineri 24.10.2003).

4. Indigene ›Privatpersonen‹

Die vierte Kategorie von Teilnehmern setzt sich aus denjenigen zusammen, die explizit persönliche Ziele verfolgen und das Forum als Kontaktbörse bzw. Verkaufsfläche wahrnehmen. Auf Grund der offenen Struktur des Forums, an dessen Sitzungen jeder teilnehmen kann, der seine Anbindung an eine Institution auf dem Anmeldeformular bestätigt, sind die Treffen Anlaufpunkt für alle, die sich im breitesten Sinne für ›indigene Themen‹ interessieren: für kulturelle, politische oder spirituelle Fragen. So erhält man von einer in den USA lebenden, aus Peru stammenden Besitzerin einer Tanzschule, die bei den Sitzungen des Forums in Kleidern der Quechua-Frauen aus Cuzco erscheint, Werbezettel für ihren Tanzunterricht. Man trifft den Schamanen aus Otavalo, Ecuador, der die Hälfte des Jahres durch die USA und Kanada reist, um zu heilen und Seminare abzuhalten. Zum Treffen des Forums kommt er, um neue Kontakte zu knüpfen und alte Bekannte wiederzusehen. Ein anderer Schamane aus Ecuador, der in New York lebt, verteilt ungefragt Visitenkarten an nicht-indigene Teilnehmer. Er kann davon ausgehen, auf diese Art potentielle Kunden anzuwerben. Man begegnet einer Aymara aus Bolivien, die seit drei Jahren mit Säcken voller Handwerkskunst anreist und während der zwei Wochen so viel Umsatz macht, dass sich die Reise trotz des teuren Flugtickets und der hohen Lebenshaltungskosten in New York finanziell auszahlt. Sie in-

teressiert sich weniger für die offiziellen Sitzungen, sondern verbringt die meiste Zeit mit dem Verkauf ihrer Ware. Ihre wirtschaftlichen Aktivitäten bezeichnet sie im Gespräch als »direkte Entwicklungshilfe« (Gespräch *Ontiveros* 20.05.2004). Das Forum ist in diesem Sinne ein globales »Happening« und Umschlagplatz für Waren, Kontakte sowie Informationen zum Thema »Indigene«.

6. Lokalpolitiker und Repräsentationsfachleute

»Einerseits ist es positiv, dass die UNO die Beteiligung lokaler indigener Organisationen mit Hilfe des *Voluntary Funds for Indigenous Populations* fördern will. Andererseits werden in den UNO-Foren die politischen Linien der internationalen indigenen Bewegung diskutiert, und dazu braucht es erfahrene Repräsentanten. Diese Diskussionen kommen am Forum jedoch selten zustande. Stattdessen gibt es viele individuelle Kämpfe um Positionen und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Das kommt der UNO und den Regierungen entgegen. Aber es schadet der Bewegung« (Gespräch Cayuqueo 24.05.2005).

Nilo Cayuqueo spricht die für ihn grundlegenden Probleme am Forum an:

- Man benötigt eine große Detailkenntnis internationaler politischer Prozesse, um erfolgreich an den Sitzungen teilnehmen zu können;
- die Beteiligung lokaler Akteure hemmt deshalb den Fortschritt der politischen Diskussionen in den Augen der erfahrenen Teilnehmer;
- die Gruppe der Indigenen erweist sich, auch auf Grund von Punkt 2, als äußerst heterogen. Diese Stimmen- und Interessenvielfalt schwächt ihre politische Kraft im Auftritt gegenüber den »Kontrahenten« im Feld: UNO und Regierungen. Diese beiden Instanzen werden als »geschlossene Front« wahrgenommen.

Im Folgenden soll das Verhältnis zwischen den Laien und Profis im Feld näher beleuchtet werden, da diese Gruppen politische Zielsetzungen verfolgen und sich somit für die Analyse des politischen Feldes relevante Kommunikationsprozesse innerhalb der Gruppe der Indigenen in erster Linie zwischen ihnen abspielen. Während ich unter »Laien« vor allem indigene Lokalpolitiker, aber durchaus auch manche national erfolgreichen Vertreter verstehe, kann man die Profis im UN-Kontext als Repräsentationsfachleute bzw. professionelle Indigenisten²⁸ bezeichnen. Beide Gruppen erfüllen unterschiedliche

28 Bei den Indigenisten handelt es sich in diesem Fall nicht um engagierte Dritte, die einen Diskurs im Sinne des in Lateinamerika geprägten Indigenismus vertreten, sondern um Aktivisten, die sich selber als indigen bezeichnen und – um bei den lateinamerikanischen Begrifflichkeiten zu bleiben – einen indianistischen

Funktionen im Handlungsraum des Forums. Ihr Verhältnis zueinander ist von Spannungen gekennzeichnet. Diese erwachsen primär aus einem zentralen Attribut, das sowohl in der Außendarstellung indigener Repräsentanten als auch zur Legitimation innerhalb der indigenen Bewegungen Relevanz besitzt: der Selbstdarstellung als legitimierte Interessenvertreter lokaler Gemeinschaften.

Die (Un)Möglichkeit des Rückbezugs auf lokale Interessen

Das Konzept der Gemeinschaft – und hierbei vor allem der lokalen Gemeinschaft – spielt als politischer Bezugspunkt der indigenen Bewegungen eine wichtige Rolle – auch am Ständigen Forum für indigene Angelegenheiten. So schreibt zum Beispiel Brysk:

»Collective action in general, and Indian rights movement in particular, come out of communities - self-defined and evolving units of political interaction and mobilization. Community often coincides with village but may include much larger units of political interaction and mobilization« (Brysk 2000: 33).

Wie bereits ausgeführt, untermauern indigene Vertreter auch am Forum ihre Legitimitätsansprüche gerne durch den Verweis auf eine breite Basis, die nicht durch individuelle, sondern kollektive Mitgliedschaft verkörpert wird – durch die indigene Gemeinschaft, deren Herzstück die Dorfgemeinschaft ist. Man muss sich als (demokratisch legitimierter) Führer einer großen Gruppe darstellen. Dies hängt auch mit dem Anspruch des Forums zusammen, indigene Völker, verstanden als territorial verankerte Gruppen (vgl. Kapitel III.2 und III.3), in ihren kulturellen Besonderheiten zu erfassen und an ihre Vorstellungen angepasste Programme und Richtlinien innerhalb des UN-Systems durchzusetzen. So kommt es, dass die Vorsitzende der Mitglieder des Forums, Victoria Tauli-Corpuz, betont, dass der Erfolg des Forums sich nur an einer erfolgreichen Umsetzung der UN-Programme auf Dorfebene messen lasse (vgl. Kapitel V.3).

Am Forum wie im nationalen Kontext, zum Beispiel in Peru, gilt: Es ist wichtig, sich auf eine große Zahl lokaler Gemeinden berufen zu können, die im Verband zusammengeschlossen sind und den jeweiligen Repräsentanten zu ihrem legitimen Vertreter gewählt haben. Die lokale Gemeinschaft ist das ideologische Fundament der Bewegungen, die sich als von unten gewachsener Widerstand verstehen. Insofern muss Brysks Feststellung, dass indigene Bewegungen aus (selbstdefinierten) Gemeinschaften erwachsen, präzisiert werden: Auch wenn sie sich in größeren politischen Einheiten zusammenschlie-

Diskurs vertreten. Ich meine jedoch, dass beide Ausprägungen lediglich Variationen eines Grundansatzes darstellen. Siehe hierzu Ausführungen in Kapitel VII.7.

Ben, bildet der Rückbezug auf die ethnisch definierte Dorfgemeinschaft das ideologische Herzstück ihrer Politik. Gerade dadurch konnten sie ein erfolgreiches ›Gegenmodell‹ zum klassenbasierten Ansatz zuvor dominanter marxistisch geprägter Bauernbewegungen entwickeln. Dies gilt zumindest für Lateinamerika, wo vielen marxistisch geprägten Guerrillabewegungen der 1970er Jahre unter anderem vorgeworfen wurde, einen von städtischen Intellektuellen auf das bäuerlich-ländliche Umfeld übertragenen ›top-down‹-Ansatz zu verkörpern. Indigene Bewegungen hingegen stehen für das Modell eines von unten gewachsenen ›dörflichen‹ Widerstandsprojekts – mit einer breiten Basis sowie beständiger Rückkoppelung zwischen nationaler oder internationaler Leitung und den lokalen Gemeinden. So verkörpern sie für Brysk (2000) wie auch für Varese (1995) oder Conklin und Graham (1995) die Umkehrung des Leitspruchs der Ökologiebewegung: »Think globally, act locally« sei von den indigenen Bewegungen zu einem »Think locally, act globally« verkehrt worden.

Dieser ›lokalisierende‹ Ansatz lässt sich auf die bereits diskutierte Grundlage indigener Forderungen nach Territorien mit dem Verweis auf ihre ›kulturellen Differenzen‹ zurückführen. Diesen kulturellen Differenzen will man im Kontext der UNO zu stärkerer Berücksichtigung in Entwicklungsrichtlinien verhelfen. Die postulierte enge Verbindung zwischen Kultur und Entwicklung wird im Abschlussbericht der Sitzung des Forums im Jahr 2004 wie folgt hervorgehoben: »Culture, loosely defined as shared values, beliefs, practices, in short ›as a way of life‹, is intimately interwoven with the process of development and thus become infused with power relations on a global scale« (United Nations 2004a).

Dieses Erklärungsmodell der strukturellen Grundlagen politischer Machtunterschiede macht die Anwesenheit von Lokalpolitikern am Forum zwingend notwendig: Sie legitimieren Anspruch, Aufgabe und Ansatz der Einrichtung: die stärkere Berücksichtigung lokaler Wissens- und Wertesysteme bei der Ausarbeitung ›globaler Strategien‹ zu fördern. Jedoch zeichnet dieser Ansatz meiner Meinung nach ein unscharfes Bild der Möglichkeiten und Beschränkungen ›globaler‹ politischer Felder für lokale Akteure. Dies führt zu Frustrationen auf beiden Seiten: unter den lokal verankerten Teilnehmern genauso wie unter den indigenen Experten. Beide Gruppen reden ›aneinander vorbei‹. Dabei sehen die Repräsentationsfachleute eine klare Aufgabentrennung als notwendig an: Sie sind im Kontext der UNO die Experten (vgl. Zitat Cayuqueo), deren Verhandlungspotential eher durch die ›Einmischung‹ lokaler Akteure gestört wird. Sie sehen sich selbst als kulturelle Broker zwischen lokalen und nationalen bzw. internationalen Verhandlungspartnern. Indigene Repräsentationsfachleute, die sich bevorzugt im UN-Kontext bewegen, bilden Teil einer »transnationalen Kultur« (Hannerz 1996), einer Gruppe von Menschen, die eine gemeinsame Sprache entwickelt haben,

sich aber sozial kaum mehr lokal verorten lassen. Sebastião Manchineri, zum Zeitpunkt des Interviews Koordinator der COICA, fasst die Entwicklung wie folgt zusammen:

»Die UNO sagt: Wir wollen, dass Leute der Basis kommen, von einem Volk, aus den Gemeinden. [...] Aber die wissen nicht Bescheid. Die kommen mit dem Wissen darüber, was in den Gemeinden los ist. Aber bei der UNO sind die Probleme umfassender, [...] deshalb entwickeln sich Experten in solchen Foren« (Interview Manchineri 24.10.2003).

Das ›bottom-up‹ Prinzip hat sich im Kontext der UNO wieder in ein ›top-down‹ Prinzip verkehrt: Erst eine ›homöopathische Dosis‹ lokalen Wissens macht den indigenen Politiker zum exzellenten Mitspieler im Feld der UNO. Dies liegt vor allem am realen Kräfteverhältnis zwischen den drei großen Gruppen des Feldes: ›Indigene Völker‹, UN-Organisationen und Regierungen. Letztere sind tonangebend, auch wenn sie die Gruppe sind, die in den Sitzungen des Forums nur eine untergeordnete Rolle spielt. Sie sind es zum Beispiel, die es davon zu überzeugen gilt, Indigene in die MDGs mit aufzunehmen. Deshalb ist die Frage, ob die MDGs von den lokalen Gemeinschaften gekannt und als relevant eingestuft werden, im Kontext des Forums von untergeordneter Bedeutung. Sie verwandelt sich dort vielmehr in zwei neue Fragestellungen:

- Wie kann für die Bedeutung der MDGs unter den indigenen Organisationen Bewusstsein geschaffen werden?
- Wie können Regierungen dazu bewegt werden, ›indigene Völker‹ als Zielgruppe der MDGs zu definieren?

›Wichtige‹ Themen sind am Forum solche, die innerhalb des Systems der UNO entstanden sind. Die ›indigenen Völker‹ als neue politische Akteure haben nun Zutritt zur Diskussion dieser Themen, aber sie haben sie nicht auf das Programm gesetzt. Sie müssen sich nach den Spielregeln richten, die das Feld bereits vor ihrem Eintritt bestimmt haben.

Das kreative Potenzial der Bürokratie: ›Indigenisierung der Moderne‹?

Die verschiedenen Akteure im politischen Feld sind mit unterschiedlichen Möglichkeiten ausgestattet, ihre Weltsicht durchzusetzen. Sie sind abhängig von ihrem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kapital (vgl. Bourdieu 2001). Auch wenn indigene Akteure aus diesem Grund weniger politische Macht besitzen, verweist Muehlebach (2003: 254) mit Recht auf das kreative Potenzial, das sich für diese an bürokratischen Instanzen wie der UNO den-

noch entfalten kann. Die Vereinten Nationen bestehen zum einen aus sogenannten Vertragsorganen – Einrichtungen, die mit der Durchführung bzw. Durchsetzung von Konventionen betraut sind – zum anderen aus Organen, in denen politische Verträge verabschiedet werden. Während letztere mit Regierungsrepräsentanten besetzt sind, werden erstere von unabhängigen Experten geleitet. Diese ließen sich in der Vergangenheit stärker auf einen Dialog mit indigenen Aktivisten ein. Das trug zum Beispiel auch dazu bei, dass sich die Wahrnehmung des Konzepts der ›Selbstbestimmung‹ im UN-Kontext veränderte. Diese Modifikationen wiederum wirkten sich positiv auf die Verhandlungsgrundlage indigener Repräsentanten mit Regierungsvertretern aus, denn sie konnten auf entsprechende juristische Entwicklungen in den Vertragsausschüssen der UNO verweisen. Somit beeinflussen die UNO-Foren natürlich nicht nur einseitig Inhalte und Strukturen der indigenen Organisationen, die sich für eine Lobbyarbeit auf internationaler Ebene entschieden haben. Diese wirken im Gegenzug auch auf Entwicklungen im UN-Kontext ein und beteiligen sich an der Schaffung legaler Instrumente wie der ILO-Konvention 169. Kreatives Potenzial eröffnet sich im UN-Kontext somit vor allem für Juristen, die hier Einfluss auf die Entwicklung des internationalen Rechts nehmen können. Das Forum besitzt jedoch primär eine andere Aufgabe: Im Forum werden nicht wie in der Arbeitsgruppe indigene Völker Rechtsstandards in Bezug auf Indigene untersucht und kritisiert, sondern es wird versucht, auf das Entwicklungskonzept der UN-Institutionen Einfluss zu nehmen. Natürlich kann auch darüber indirekt eine Veränderung internationaler Rechtsnormen bewirkt bzw. das Entwicklungsparadigma kritisch hinterfragt werden. Am Forum stehen jedoch nicht mehr die politischen Ausgangsforderungen im Zentrum, mit denen Anfang des 20. Jahrhunderts bzw. in den 1970er Jahren indigene Vertreter an die UNO kamen: Land und Autonomie. Stattdessen geht es um ›Realpolitik‹: Es geht darum, bestehende entwicklungspolitische Richtlinien zu beeinflussen bzw. Indigenen besseren Zugang zu nationalen Entwicklungsprogrammen zu ermöglichen. Die politisch-ideologischen Eckpfeiler, die ›fundamentalen Ideen‹ zur Mobilisierung von Anhängerschaft (vor allem von finanzkräftigen Unterstützern) – Territorium und Selbstbestimmung – treten dabei zwangsläufig in den Hintergrund. Auch wenn gerade diese beiden Konzepte häufig im abendlichen Caucus (vgl. Kapitel V.2) der lateinamerikanischen Vertreter indigener Organisationen thematisiert werden. Jedoch verdeutlicht der Kommentar eines im UN-Kontext erfahrenen indigenen Profis die Entwicklungen, welche die Experten in diesem Handlungsraum durchlaufen haben:

»Territorium und Selbstbestimmung – das sind natürlich auch weiterhin fundamentale Forderungen unserer Bewegung. Aber am Forum müssen wir uns vor allem darauf konzentrieren darzustellen, wie wir uns eine selbstbestimmte Entwicklung vor-

stellen und welche Maßnahmen dazu von Regierungs- und UN-Seite ergriffen werden müssen« (Gespräch Cayuqueo 24. 05. 2005).

Das Forum stellt sich als ein Raum für politische Lobbyarbeit dar, in dem es in erster Linie darum geht, Mitarbeiter, die an einflussreichen Stellen innerhalb der einzelnen Organisationen sitzen, dazu zu bewegen, ›indigene Völker‹ als Empfänger von Entwicklungsgeldern und -programmen stärker zu berücksichtigen. Dieser Umstand macht das Forum auch weniger interessant für indigene Juristen, die oftmals in Gesprächen auf die für sie übergeordnete Bedeutung der Arbeitsgruppe indigene Völker und allgemein der ehemaligen Kommission für Menschenrechte verweisen (Gespräch Alarcón 24. 05. 2005). Im Forum sind vor allem professionelle Politiker gefragt, die es verstehen, Kontakte zu nutzen bzw. Begriffe wie Armut, Entwicklung, Bildung mit ihren politischen Forderungen abzugleichen und sich für eine entsprechende Aufnahme des Begriffs ›indigene Völker‹ in die UN-Programme und -Einrichtungen zu engagieren. Dies führt einerseits zur Abgrenzung zwischen Lokalpolitikern und international erfahrenen ›Indigenisten‹. Andererseits finden auch innerhalb der Gruppe der Repräsentationsfachleute Differenzierungsprozesse statt. So führt ein im UN-Kontext geschulter indigener Jurist aus:

»Ich bin einverstanden mit den Brüdern, die sich über mangelnden Informationsfluss von Seiten ihrer internationalen Repräsentanten beschweren. Es ist Aufgabe der repräsentativen Organismen, die Verbindung zur Basis aufrechtzuerhalten. Wir Experten haben hingegen eine beratende Funktion. [...] Wir stehen unseren Delegierten gerne beratend zur Verfügung. Aber man fragt uns viel zu wenig« (Gespräch Alarcón 24.05.2005).

Die Gruppe der Repräsentationsfachleute lässt sich somit wiederum unterteilen in ›indigene Berufspolitiker‹ und ›indigene Experten‹. Letztere sehen ihre Aufgabe in der Schaffung internationaler Rechtsstandards sowie in legalen Beratertätigkeiten. Sie weisen den indigenen Politikern die Aufgabe zu, sich um die praktische Umsetzung der im UN-Kontext entwickelten Standards zu kümmern.

Abgrenzungsprozesse zwischen den indigenen Teilnehmern

Zwischen und innerhalb der beiden am Forum politisch relevanten Gruppen indigener Teilnehmer sind verschiedene Konfliktlinien auszumachen: Auf der einen Seite stehen Lokalpolitiker und die Vertreter nationaler ›Basisorganisationen‹, die oftmals gleichermaßen in die Rolle des Laien verwiesen werden, auf der anderen Seite die Repräsentationsfachleute, die sich in indigene Experten und im UN-Kontext renommierte indigene Politiker untergliedern las-

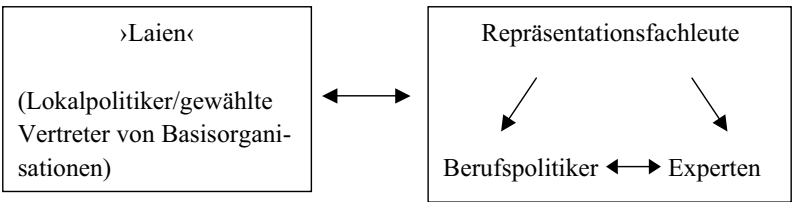
sen. Die Repräsentationsfachleute sind am Forum die dominanten Stimmen unter den indigenen Teilnehmern. Zwischen ihnen und den Laien verläuft somit eine Konfliktlinie. Eine weitere ergibt sich durch die undefinierte Beziehung zwischen ›Basisvertretern‹ und Fachspezialisten: Oftmals verschwimmen die klaren Trennlinien zwischen demokratisch gewählten Repräsentanten und Mitarbeitern bzw. Leitern von NGOs. So wird die Organisation des eben zitierten indigenen legalen Experten genauso unter der Rubrik ›indigene Organisationen‹ im Abschlussbericht des Forums geführt (vgl. United Nations 2004a) wie die sogenannten indigenen politischen Organisationen, die einen ›Basisauftrag‹ erfüllen. In ihrem Auftreten gegenüber UN-Organisationen oder Regierungen gehören beide Gruppen gleichermaßen zur Kategorie der indigenen Repräsentanten, denen Autorität als ›lokale Stimmen‹ zugesprochen wird. ›Lokal‹ steht ferner im UN-Kontext für ›authentisch‹ – es legitimiert die Stimme des Sprechers und weist ihn als ›Autorität für indigene Fragen‹ aus. Die soziale Nähe der sich selbst als Repräsentanten bezeichnenden indigenen Teilnehmer zu den von ihnen Vertretenen lässt sich am Forum nur schwer nachprüfen. Es kann deshalb leicht durch ›folkloristische‹ Elemente – objektive ›kulturelle‹ Kriterien wie Sprache, Kleidung, Tänze – ersetzt werden.

Von Seiten der UN-Vertreter wird innerhalb der Gruppe indigener Organisationen nur zwischen Teilnehmern mit und ohne Beraterstatus am ECOSOC unterschieden. Erstere besitzen eine privilegierte Beziehung zur UNO: Sie können zum Beispiel auch an anderen Sitzungen, die nur NGOs mit Beraterstatus offen stehen, teilnehmen und dadurch ihre Präsenz und Einflussmöglichkeiten weiter ausbauen.

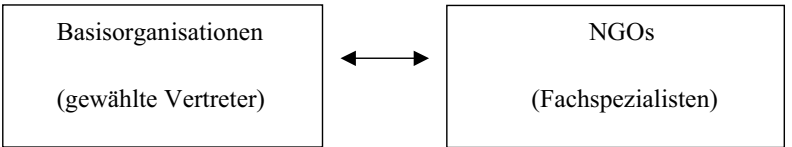
Somit ergeben sich Probleme bei der Zuweisung von Zuständigkeiten innerhalb der Gruppe indigener Teilnehmer: Bei den Vereinten Nationen haben sich indigene Organisationen mit unterschiedlichen Organisationsstrukturen und verschiedensten Zielsetzungen etabliert. Sie werden jedoch in diesem Kontext weitestgehend als ein homogener Block erfasst. So wird zum Beispiel nicht zwischen ›gewählten Vertretern‹ und ›Fachspezialisten‹ unterschieden. Beide Gruppen sprechen am Forum ›im Namen der Indigenen‹. Doch während gewählte ›Basisvertreter‹ womöglich nur ein oder zwei Jahre lang zur UNO reisen können, da sie danach abgewählt werden, haben die Leiter anderer Organisationen als Experten die Möglichkeit, Kontakte über lange Jahre hin aufzubauen und sich mit den Besonderheiten der Vereinten Nationen vertraut zu machen. Sie werden zu verlässlichen Ansprechpartnern der UN-Einrichtungen und damit zu etablierten Mitspielern im politischen Feld der UNO.

Abbildungen 10, 11 und 12: Grafische Darstellungen der Abgrenzungsprozesse zwischen indigenen Teilnehmern

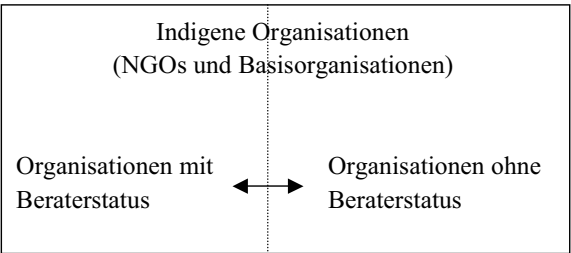
A) Unterscheidung von Lokalpolitikern und Repräsentationsfachleuten



B) Unterscheidung von gewählten Vertretern und Leitern/ Mitarbeitern von NGOs



C) Offizielle Einteilung indigener Teilnehmer von Seiten der UNO



Das zählende Potenzial der Bürokratie:
»Modernisierung der Indigenität«?

Die Teilnahme lokaler Akteure am Forum kann nur dann ihrer »Ermächtigung« dienen, wenn sie sich umfassend auf den Eintritt in das Feld der UNO

vorbereiten. Das setzt die Professionalisierung des eigenen Politikstils voraus. So sagte die bereits zitierte lokale Repräsentantin der Shuar aus Ecuador:

»Ich müsste mich ein Jahr lang intensiv auf dieses Forumstreffen vorbereiten: Englisch studieren, mit dem Computer umgehen lernen, die hier relevanten Themen aufarbeiten, mich mit den einzelnen UN-Organisationen beschäftigen. Dann aber hätte ich keine Zeit und Kraft mehr, mich mit den Problemen meiner Gemeindemitglieder auseinander zu setzen. Die UNO ist deshalb nichts für mich« (Gespräch Tsawant 19.05.2003).

Zwischen den Laien und den Profis im Feld besteht ein Graben, der durch unterschiedliche Kommunikationsvoraussetzungen und -ziele entsteht. Es braucht Spezialisten für die UNO. Die lokale Gemeinschaft interessiert letztendlich nicht in ihrer Partikularität. Die elementare politische Kompetenz des Lokalpolitikers, das heißt, seine Wähler gut zu kennen und bei ihnen »gut angeschrieben« zu sein (Bourdieu 2001: 48), ist im Forum nicht gefragt. Sein spezifisches Wissen macht den Lokalpolitiker zum wichtigen Akteur auf lokaler Ebene, im internationalen Kontext bleibt er damit der oftmals frustrierte Zuschauer. Diese Rolle kann er nur durchbrechen, wenn er etwas »Spektakuläres« zu berichten hat, wie zum Beispiel ein Pygmäenvertreter bei der Sitzung des Forums im Jahr 2003, der von einem Massaker an einer Pygmäengruppe im Kongo berichtete.²⁹

Dies erscheint auf den ersten Blick zynisch, entspringt aber gleichzeitig den realen Möglichkeiten, welche die UNO zu bieten hat. Die Vielfalt der Probleme, Meinungen und Interessen kann hier nicht angemessen bearbeitet oder repräsentiert werden. Die Kommunikation zwischen Laien und Profis ist deshalb gestört. Am Forum ist der Hauptadressat die UNO und nicht die heimatische Wählerschaft. Hier Repräsentativität im Sinne von lokalen Stimmen, denen die größte »Authentizität« zugesprochen wird, erreichen zu wollen, ist deshalb fast ein Widerspruch in sich. Ist diese Authentizität trotzdem in Form einzelner lokaler Vertreter präsent, entsteht ein Konflikt zwischen beiden Gruppen, denn die Lokalpolitiker erkennen kaum Ähnlichkeit zwischen sich und den Repräsentationsfachleuten. Ähnlich ergeht es nationalen Repräsentanten politischer Organisationen, die oftmals noch vehementer die Legitimität der Repräsentationsfachleute anzweifeln, verfügen sie doch ihrerseits meist bereits über Erfahrung im internationalen Kontext. Sie haben jedoch, im Gegensatz zu den Experten, das Mandat einer Basisorganisation und fühlen sich demnach wiederum als rechtmäßige Sprecher ihrer Gruppen. Deshalb behindern sich die zwei Gruppen indigener Teilnehmer – Laien und Profis –

29 Wobei auch in diesem Fall noch zu überprüfen bliebe, ob es sich bei dem entsprechenden Vertreter um einen »Lokalpolitiker« oder um einen NGO-Vertreter mit stärkerer Anbindung an den internationalen Kontext handelt.

im Feld der UNO tendenziell eher gegenseitig, anstatt ihre Kraft als in diesem Rahmen zahlenmäßig überlegene Gruppe politisch wirksam zu machen. Es fehlt eine eindeutige Zuweisung der Kompetenzbereiche und Aufgaben.